

## Westafrika News 2012

**Senegal 03.01.2012**

### **Der Sänger Youssou N'Dour tritt bei Präsidentschaftswahl an**

Der senegalesische Sänger Youssou N'Dour tritt bei der kommenden Präsidentschaftswahl im Februar gegen den Amtsinhaber Abdoulaye Wade an. "Ich bin Kandidat", sagte der 52-jährige Musiker am Montagabend in den privaten Radio- und Fernsehsendern, die zu seiner Mediengruppe gehören. Viele Senegalesen hätten sich in der Vergangenheit für seine Kandidatur ausgesprochen erklärte N'Dour. Seine Kandidatur bezeichnete N'Dour als "patriotische Pflicht". "Es stimmt, ich habe keine höhere Schulbildung genossen, aber die Präsidentschaft ist eine Funktion und kein Beruf", sagte der weltweit bekannte Sänger, der sich schon seit längerer Zeit auch politisch und sozial engagiert. Zuletzt hatte es immer wieder Gerüchte über eine mögliche Kandidatur N'Dours gegen Präsident Wade gegeben. Der 85-jährige Amtsinhaber Wade strebt im Februar eine weitere Amtszeit an. Youssou N'Dours Mediengruppe hatte in der Vergangenheit wiederholt sehr kritisch über Staatspräsident Wade berichtet.

**Nigeria 07.01.2012**

### **Kein Ende der Gewalt in Nigeria**

#### **Hunderte Christen fliehen**

Bei Angriffen von Kämpfern der radikalislamischen Sekte Boko Haram auf Christen und Sicherheitskräfte sind in dem muslimisch dominierten Norden Nigerias erneut zahlreiche Menschen getötet worden. Kathpress berichtete von mindestens 13 Toten. Mit den jüngsten Anschlägen ist die Zahl der Toten innerhalb von drei Tagen auf über 40 gestiegen. Die jüngsten Anschläge in der Nacht auf Samstag haben sich nach offiziellen Angaben gegen Sicherheitskräfte in der Stadt Potiskum sowie gegen eine Kirche in der Stadt Yola gerichtet. Hunderte nigerianische Christen sind deshalb vor den Angriffen militanter Islamisten im Nordosten des Landes auf der Flucht. Nach dem Ablauf eines Ultimatums der radikalen Sekte Boko Haram machten sich die Flüchtlinge am Samstag auf den Weg in den Süden des Landes. In Potiskum lieferten sich Boko-Haram-Kämpfer heftige Gefechte mit Sicherheitskräften. Dabei habe es mehrere Tote und Verletzte gegeben, sagte ein Polizeisprecher. Augenzeugen sagten das Hunderte Menschen aus den Wohnvierteln rund um das umkämpfte Polizeipräsidium der Stadt geflohen sind. Bei dem Angriff auf eine Kirche in Yola im Bundesstaat Adamawa wurden zehn Menschen getötet. Über die Zahl der Verletzten konnte ein Krankenhausmitarbeiter keine Angaben machen. Das Ziel des Angriffs war eine christlich-apostolische Kirche im Stadtzentrum gewesen sagte ein Anwohner. Yola ist die Hauptstadt Adamawas.

**Nigeria 09.01.2012**

### **Landesweiter Streik in Nigeria wegen Benzinpreiserhöhung**

Während des landesweiten Streiks in Nigeria gegen die stark gestiegenen Benzinpreise hat die Polizei am heutigen Montag nach Gewerkschaftsangaben in Lagos einen Demonstranten erschossen. In der nördlichen Stadt Kano gab es Inach Angaben des Roten Kreuzes bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizisten mindestens 14 Verletzte, davon sieben mit Schusswunden. Wie lange der Streik dauern wird ist noch unklar. Mit der völlig überraschenden Reduzierung der Subventionen für Treibstoff zum 1. Januar hatten sich die Benzinpreise in Nigeria mehr als verdoppelt. Präsident Goodluck Jonathan hatte am Wochenende eine Kürzung der Gehälter aller hochrangigen Politiker und Spitzenbeamten um 25 Prozent angekündigt. Mit dieser Massnahme wollte er den Streik noch verhindern. Er appellierte an die Bürger des Landes, den Frieden zu bewahren.

## **Guinea Bissau 09.01.2012**

### **Guinea-Bissaus Präsident gestorben**

Nach französischen Berichten starb gestern Guinea-Bissaus Präsident Malam Bacai Sanha im Pariser Militärkrankenhaus Val de Grâce. Die Nachricht könnte den westafrikanischen Kleinstaat weiter destabilisieren. Guinea-Bissau gilt schon seit längerem als Umschlagplatz von südamerikanischen Kokain nach Europa. An Weihnachten 2011 scheiterte ein Putschversuch des Marinechefs José Americo Bubo Na Tchuto gegen den Präsidenten. Bubo ist besonders tief in den Drogenschmuggel des Landes verstrickt. Er wurde zusammen mit 25 anderen Militärs verhaftet.

## **Nigeria 10.01.2012**

### **Muslime flüchten aus dem Süden des Landes**

Bei Zusammenstößen zwischen Muslimen und Christen im Süden Nigerias sind mindestens fünf Menschen getötet worden. Eine Vertreterin des nigerianischen Roten Kreuzes im Bundesstaat Edo berichtete, dass unbekannte Angreifer am Dienstag Teile einer alten Moschee in der Stadt Benin niedergebrannt und einen neuen Teil des Gebäudekomplexes verwüstet haben. Augenzeugen berichteten das eine angrenzende islamische Schule niedergebrannt worden ist. Seit dem Beginn der Gewalt am Montag sind in Nigeria schon mehr als 10.000 Menschen vertrieben worden. Die Gewalt war bei einem landesweiten Generalstreik gegen die steigenden Benzinpreise am Montag ausgebrochen. Auch am heutigen Dienstag beteiligten sich wieder mehrere Millionen Nigerianer an den Streiks. Der Norden Nigerias ist mehrheitlich von Muslimen bewohnt, während im ölreichen Süden die Christen in der Mehrheit sind. Aus Angst vor weiteren Vergeltungsangriffen von Christen flohen nach Angaben muslimischer Organisationen erste muslimische Bewohner aus dem südlichen Niger-Delta.

## **Nigeria 17.01.2012**

### **Präsident lenkt bei Benzinpreisen ein**

Nach der Abschaffung der Subventionen für Benzin zum Jahreswechsel 2011/12, hatten sich die Treibstoffkosten in Nigeria mehr als verdoppelt. Nach erfolglosen Verhandlungen mit den nigerianischen Gewerkschaften am Wochenende kündigte Präsident Goodluck Jonathan gestern an, die Subventionen teilweise wieder einzuführen. Dadurch soll der Preis für das Benzin wieder um 30 Prozent sinken. Nigerias Regierung setzte erstmals seit Beginn der Proteste vor einer Woche auch Soldaten in Lagos ein. Die Sicherheitskräfte benutzten auch Tränengas ein, um die rund 300 Demonstranten zu vertreiben. An zentralen Orten in der größten Stadt des Landes wurden Kontrollpunkte errichtet.

## **Nigeria 20.01.2012**

### **Sieben Tote bei Angriffen auf mehrere Regierungsgebäude**

Bei Bombenanschlägen in der nordnigerianischen Stadt Kano sind am Freitagnachmittag mindestens sieben Menschen getötet und zahlreiche andere Menschen verletzt worden. Die Serie von Anschlägen auf das Polizeihauptquartier sowie drei weitere Polizeistationen in der zweitgrößten Stadt Nigerias hatte Panik und Chaos ausgelöst sagte ein Mitarbeiter des Katastrophenschutzes der Nachrichtenagentur dpa. Die Behörden verhängten noch am frühen Abend eine 24-stündige Ausgangssperre über die Millionenstadt. Die radikalislamische Sekte Boko Haram bekannte sich dem nigerianischen Fernsehen zufolge zu den Anschlägen. An den Anschlägen war mindestens ein Selbstmordattentäter beteiligt. Dieser soll nach Augenzeugenberichten seinen mit Sprengstoff beladenen Wagen auf einen Parkplatz vor einer Polizeistation gesteuert haben. Ein Reporter der Nachrichtenagentur AFP berichtete, dass am Nachmittag im Abstand von wenigen Minuten rund 20 Explosionen in der Stadt zu hören waren.

## **Mali 20.01.2012**

### **Dutzende Tote bei Kämpfen zwischen Tuareg-Rebellen und Armee**

Bei Kämpfen zwischen Tuareg-Rebellen und der Armee im westafrikanischen Mali sind nach offiziellen Angaben dutzende Aufständische Rebellen getötet worden. In zwei Städten im Norden des Landes, Aguelhoc und Tessalit, wurden 45 Rebellen getötet. Zwei Soldaten kamen dabei ums Leben und zehn weitere wurden dabei verletzt. Tuareg-Kämpfer hatten die beiden Städte nahe der algerischen Grenze am Mittwoch angegriffen. Am Vortag hatten sie bereits die Stadt Menaka nahe der Grenze zum Niger angegriffen. Wie viele Opfer es dort gab, teilte das Ministerium nicht mit. Den Angaben zufolge hatte die Armee alle drei Städte am Donnerstag unter Kontrolle. Es waren die ersten schweren Kämpfe zwischen Tuareg-Rebellen und der Armee in Mali seit 2009.

## **Nigeria 21.01.2012**

### **Mehr als 160 Tote bei Anschlägen**

Die von von der islamischen Sekte Boko Haram verübten Bombenanschläge in der nordnigerianischen Stadt Kano haben offenbar weitaus mehr Menschen das Leben gekostet als zunächst offiziell mitgeteilt worden war. Mindestens 162 Leichen sind nach den Angriffen in Kano in die größte Leichenhalle der Stadt gebracht worden, sagte ein Mitarbeiter der Einrichtung, der namentlich nicht genannt werden wollte, am Samstag der Nachrichtenagentur AFP. Die Behörden hatten zunächst sieben Tote bestätigt. Ziele der Serie von Anschlägen am Freitagnachmittag waren das Polizeihauptquartier sowie drei weitere Polizeistationen in der zweitgrößten Stadt Nigerias. Am Samstagmorgen waren noch Schüsse zu hören. Insgesamt wurden acht Orte attackiert. Darunter waren mehrere Polizeiwachen, die Residenz eines Polizeioffiziers und die Einwanderungsbehörde. 20 Explosionen waren zu hören, gefolgt von Feuergefechten an mehreren Orten.

## **Senegal 28.01.2012**

### **Straßenschlachten in Dakar**

Im Senegal hat die erneute Zulassung von Präsident Abdoulaye Wade zur Kandidatur für eine umstrittene dritte Amtszeit, heftige Unruhen ausgelöst. In der Hauptstadt Dakar kam es dabei zu Strassenschlachten, wobei die Sicherheitskräfte Tränengas und Schlagstöcke gegen die Demonstranten eingesetzt haben. Ein Polizist wurde dabei getötet. Die Opposition hatte am Samstag zum Widerstand gegen Präsident Wade aufgerufen. Unterdessen wehrte sich der Sänger Youssou N'Dour gegen seinen Ausschluss von einer Kandidatur zur Präsidentenwahl im Februar 2012. Das Verfassungsgericht hatte entschieden, dass der 85-jährige Wade erneut bei der Präsidentschaftswahl antreten darf, obwohl die Verfassung nur eine einmalige Wiederwahl erlaubt. Neben Wade dürfen beim ersten Wahlgang am 26. Februar unter anderen drei frühere Regierungschefs sowie Oppositionsführer Ousmane Tanor Dieng kandidieren. N'Dour sammelte laut Gericht nur 8.900 gültige Unterschriften und nicht die dafür erforderlichen 10.000. Youssou N'Dour hatte von fast 13.000 Unterschriften gesprochen. N'Dour hatte am Samstag Widerspruch gegen die Entscheidung des Verfassungsgerichts eingereicht.

## **Senegal 01.02.2012**

### **Proteste gegen Präsident Wade**

Die Proteste gegen eine dritte Amtszeit von Präsident Abdoulaye Wade im Senegal spitzten sich in der vergangenen Nacht in Dakar zu. Es kam erneut zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der Opposition und Sicherheitskräften. Tausende Gegner Präsident Wades waren auf die Strassen gegangen, um gegen die Entscheidung des Verfassungsgerichts zu protestieren, den 85-jährigen zum dritten Mal zur Präsidentschaftswahl Ende Februar zuzulassen. Bei den Unruhen am Dienstagabend ist mindestens ein Demonstrant ums Leben gekommen. Der 32-jährige Student wurde von einem Polizeiwagen überrollt. Die aufgebrachten Oppositionsanhänger zündeten Reifen an. Die Polizei setzte Tränengas ein. Mehrere Menschen wurden bei den neuen Auseinandersetzungen verletzt.

## **Mali 05.02.2012**

### **20 Rebellen getötet**

Die Armee des Landes hat nach Angaben der malischen Regierung bei Unruhen in der Region Timbuktu 20 Rebellen getötet. Bei den zwei Tage anhaltenden Kämpfen sind auch ein Dutzend Separatisten festgenommen worden, teilte das Verteidigungsministerium von Mali am Samstag in Bamako mit. Soldaten waren dabei nicht verletzt worden. Die von Angehörigen des Tuareg-Volkes angeführte Rebellengruppe MNLA ("Nationale Befreiungsbewegung von Azawad") gab zu den Vorfällen keine Stellungnahme ab. Die MNLA kämpft schon länger für einen unabhängigen Staat im Norden des westafrikanischen Landes. Nach Angaben des Roten Kreuzes sind bereits fast 10.000 Menschen wegen der anhaltenden Gewalt aus der Region geflohen. Nach Angaben mauretanischer Behörden haben etwa 3.500 Malier die Grenze in das Nachbarland überschritten.

## **Mali 06.02.2012**

### **Flüchtlingswelle in Mali**

Mehr als 16.000 Menschen sind im Norden von Mali wegen heftiger Kämpfe zwischen Rebellen und Regierungstruppen auf der Flucht. Inzwischen sind etwa 10.000 Menschen im Niger, und ca. 3.500 in Mauretanien angekommen. Von den Flüchtlingen ist der grösste Teil Frauen und Kinder. Seit drei Wochen liefern sich die Soldaten der malischen Armee mit den Tuareg-Kämpfern der (MNLA) Gefechte. In der algerischen Hauptstadt Algier stattfindende Friedensgespräche brachten keinen Erfolg. Schwerpunkt der Kämpfe ist die Region um die 19.000 Einwohner zählende Stadt Anderamboukane an der Grenze zum Niger. Mehr als ein Drittel Staatsgebietes von Mali ist von Tuareg bewohnt. Drei Viertel der etwa 600.000 Bewohner gehört den sunnitischen Tuareg-Stämmen. Die Geschichte ihrer Revolten gehen bis in das Jahr 1916 zurück. Bei der Schlacht von Agadez wurde durch die französischen Kolonialherren der Tuareg-Aufstand blutig niedergeschlagen. Die in den Händen der Tuareg befindlichen dunkelhäutigen Sklaven wurden von den Franzosen befreit. Die Sklaven dienten den Tuareg in der Landwirtschaft.

## **Mali 14.02.2012**

### **Bürgerkrieg in Mali?**

Die Regierung des westafrikanischen Landes hat offenbar die Kontrolle über weite Teile im Nordens Malis an eine Tuareg-Rebellenarmee verloren. Im Kampf gegen die Rebellenarmee des Tuareg-Nomadenvolkes MNLA (Nationale Befreiungsbewegung Azawad) hat sich die Regierungsarmee aus den gesamten Wüstengebieten im Norden des Landes, bis auf die Stadt Kidal, zurückgezogen. Von der Stadt Gao fliegt sie mit Kampfhubschraubern Luftangriffe auf MNLA-Stellungen an den Grenzen zu Algerien und Niger. Die MNLA ist eine bewaffnete Gruppierung von Tuareg-Söldnern, die 2011 im libyschen Bürgerkrieg für den gestürzten Machthabers Muammar al-Gaddafi gekämpft hatten. Sie waren nach Ende des Krieges in Lybien in die malische Heimat zurückgekehrt. Mehrere Orte an den Grenzen zu Niger und Mauretanien fielen kampfflos an die Rebellen. Vergangene Woche nahm die Tuareg-Rebellenarmee die strategischen Städte Tessalit und Tinzawaten ein. Die malische Armee eroberte verlorene Gebiete an der Grenze zu Mauretanien zurück. Nach eigenen Angaben hat die Armee Malis die von den Tuareg-Rebellen eingenommene Stadt Tessalit zurückerobert. Dabei hätten die Rebellen am Dienstag schwere Verluste erlitten, sagte ein Armeesprecher. Die meisten der in Mali lebenden Tuareg sind nicht Anhänger der Rebellion und waren nach Mauretanien und Burkina Faso geflohen. Malis Regierung versucht nun Friedensgespräche in Gang zu bekommen um eine noch grössere Eskalation zu verhindern. Am Montag sprach der Präsident von Mali in Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou mit seinem Amtskollegen Blaise Compaoré über die Situation.

## **Senegal 18.02.2012**

### **Erneute Unruhen**

In der senegalesischen Hauptstadt Dakar kam es am gestrigen Samstag zu neuen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei. Hunderte Jugendliche versuchten auf den Unabhängigkeitsplatz im Zentrum von Dakar zu gelangen. Dieser war aber schon von Sicherheitskräften abgeriegelt worden. Die Polizei errichtete Strassensperren. Einige Demonstranten warfen mit Steinen auf die Polizei, die dann Tränengas einsetzte. Das Oppositionsbündnis M23 hatte zu den Demonstrationen am Wochenende aufgerufen, um gegen eine erneute Kandidatur von Staatspräsident Abdoulaye Wade bei den Wahlen am 26. Februar zu protestieren. In der Stadt Kaolack im Westen des Landes erlag ein Mann seinen Verletzungen, die er bei einer Demonstration am Freitag erlitten hatte. In Kaolack hatten Menschen aus gegen die Schändung einer Moschee in Dakar durch eine Tränengasgranate protestiert. Der Mann war bei der Demonstration selbst von einer Tränengasgranate getroffen worden.

## **Senegal 26.02.2012**

### **5,3 Millionen Menschen sind im Senegal zur Präsidentenwahl aufgerufen**

In der westafrikanischen Republik Senegal steht die unruhigste Präsidentenwahl ihrer Geschichte bevor. 5,3 Millionen Bürger sind heute am Sonntag zur Wahl aufgerufen. Gegen eine dritte Amtszeit des bisherigen 85-jährigen Präsidenten Abdoulaye Wade, dessen Bewerbung nach Sicht der Opposition nicht legal ist, treten 13 Kandidaten an. Aussichtsreichste Kandidaten der Opposition sind der früheren Ministerpräsidenten Idrissa Seck und Macky Sall. Es wird mit einer Stichwahl Mitte März gerechnet. Eine im Jahr 2001 angenommene Verfassungsänderung lässt nur zwei Amtsperioden zu. Wade hatte sich die erneute Teilnahme zur Wahl vom Verfassungsgericht bestätigen lassen. Die Verfassungsrichter sind von Präsident Wade eingesetzt worden. Vor den Wahlen bekamen sie neue Autos und eine Gehaltserhöhung. Vor der Wahl kam es zu heftigen Auseinandersetzungen gegen die erneute Teilnahme von Präsident Wade.

## **Senegal 03.03.2012**

### **Stichwahl bei Präsidentenwahl**

Bei der Präsidentenwahl im Senegal hat Amtsinhaber Abdoulaye Wade nur 34,8 Prozent der Stimmen bekommen. Damit verpasste der umstrittene senegalesische Staatschef deutlich die absolute Mehrheit. In einer Stichwahl muss er nun gegen seinen früheren Weggefährten Macky Sall antreten, der auf 26,6 Prozent der Stimmen kam. Die Stichwahl soll noch im März stattfinden.

## **Côte d'Ivoire 09.03.2012**

### **Regierung zurückgetreten**

Drei Monate nach der Parlamentswahl ist Premierminister Guillaume Soro am Donnerstag mit seinem Kabinett zurückgetreten. Die Demission folgte auf die Verkündung des amtlichen Endergebnisses der Wahl vom 11. Dezember. Demnach erhielt die Partei von Präsident Alassane Ouattara, der "Zusammenschluss der Republikaner", fast 55 Prozent der Stimmen und 138 von 253 Abgeordnetensitzen. Auf die Demokratische Partei (PDCI) des mit Ouattara verbündeten Ex-Präsidenten Henri Konan Bédié entfielen 34 Prozent (86 Abgeordnete). Ende November 2011 wurde dann Ex-Präsident Laurent Gbagbo an den Internationalen Strafgerichtshof nach Den Haag in den Niederlanden überstellt. Ihm werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Die FPI erklärte daraufhin, nicht länger an dem sogenannten Versöhnungsprozess und der Parlamentswahl teilzunehmen. Nach Erkenntnissen der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) soll auch unter Ouattara weiter gefoltert und gemordet worden sein. HRW warf den Sicherheitskräften Ouattaras blutige Vergeltungsaktionen gegen Gbagbo-Anhänger vor.

## **Guinea Bissau 18.03.2012**

### **Präsidentenwahl**

In Guinea-Bissau wird heute am Sonntag ein neuer Präsident gewählt. Der nur zwei Wochen dauernde Wahlkampf wurde von massiven Sicherheitsvorkehrungen begleitet. Die internationale Gemeinschaft hatte wegen Befürchtungen um die Stabilität des Landes zur Zurückhaltung aufgerufen. Seit der Unabhängigkeit von Portugal 1974 gab es immer wieder Staatsstreich, Rebellionen und Gewalt. Sehr häufig war auch die Armee daran beteiligt. In dem Land mit etwa 1,6 Millionen Einwohnern hat seit dem Jahr 2000 keiner der gewählten Präsidenten sein Mandat bis zum Ende der regulären Amtszeit ausgeübt. Der 2009 gewählte Präsident Malam Bacai Sanha starb im Januar in Paris. Zur heutigen Wahl treten neun Kandidaten an, darunter Ex-Staatschef Kumba Yala und Ex-Übergangspräsident Henrique Rosa.

## **Mali 22.03.2012**

### **Militärputsch in Mali**

Am Mittwochabend kam es in der Hauptstadt Bamako zu heftigen Schusswechseln und zur Besetzung des Präsidentenpalastes. Am Donnerstag trat ein Leutnant namens Amadou Konaré und andere Uniformierte Soldaten im Staatsfernsehen auf und erklärte die Regierung von Präsident Amadou Toumani Touré für abgesetzt. In einer Erklärung hiess es: Ein "Nationalkomitee zur Aufrechterhaltung der Demokratie und zur Wiederherstellung des Staates" (CNRDRE), geführt von dem Armeeleutnant Amadou Konaré, habe seine "Verantwortung wahrgenommen" und die Macht übernommen. Danach wurde eine Ausgangssperre verhängt. Der Führer des Militärrates, Oberst Amadou Sanogo, versprach, es werde so schnell wie möglich eine zivile Regierung der nationalen Einheit gebildet. Die für Ende April geplanten Wahlen sagte der Militärrat ab. Das Schicksal von Präsident Touré war am frühen Morgen noch unklar. Aussenminister Soumeylou Boubeye Maiga und andere Regierungsmitglieder sind in Haft, hatten die Putschisten erklärt. Die Putschisten erklärten, dass sie in Aktion getreten waren, weil die alte Regierung das Land nicht mehr gegen bewaffnete Rebellen und Terroristen schützen konnte. Man wolle aber nicht selbst an der Macht bleiben, sondern eine Regierung der nationalen Einheit bilden. Die Verkündung des Putsches war eigentlich schon für den späten Mittwochabend geplant, aber die Technik im Staatsfernsehen funktionierte nicht. Die Meuterei hatte am Mittwoch begonnen. Soldaten forderten bessere Waffen und Ausrüstung für den Kampf gegen die Tuareg-Rebellen im Norden des Landes. In Bamako feuerten sie in die Luft und stürmten dann das Gebäude des staatlichen Rundfunks. Dann griffen sie den Präsidentenpalast an. Augenzeugen berichteten von heftigen Gefechten mit Regierungs-Eliteeinheiten am späten Mittwochabend. Letzte Woche fiel dann die Garnisonsstadt Tessalit an die Rebellen der MNLA. Jugendliche demonstrierten daraufhin gegen die Teilung des Landes. Am Montag gab die MNLA bekannt, dass sich 28 gewählte Amtsträger der Rebellion angeschlossen haben, weil sie die Massaker der Armee an der friedlichen Bevölkerung von Azawad nicht mehr mit ansehen könnten. Im Militär entstand dadurch der Eindruck, dass die Rebellion den Staat so weit infiltriert hat, dass man zum Handeln gezwungen war. Die Rebellen sollen nach der Rückkehr aus Libyen zahlreiche Waffen mitgebracht haben. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind mehr als 172.000 Menschen auf der Flucht. Das Nomadenvolk der Tuareg besteht aus ca. 1,5 Millionen Menschen die in Algerien, Burkina Faso, Libyen, Mali und dem Niger leben. Für die Präsidentschaftswahlen am 29. April galt der ehemalige Ex-Premierminister Ibrahim Boubacar Keita als Favorit. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon äusserte sich ebenfalls "zutiefst besorgt" über die Vorgänge. Er rief nach Angaben eines Sprechers dazu auf, den Konflikt "friedlich und innerhalb des demokratischen Prozesses" auszutragen.

## **Senegal 25.03.2012**

### **Stichwahl zwischen Amtsinhaber und Herausforderer**

Im Senegal findet heute am Sonntag die Stichwahl um das Präsidentenamt statt, in der sich der 85-jährige Amtsinhaber Abdoulaye Wade und sein 50-jähriger Herausforderer Macky Sall

gegenüberstehen. Wade hatte im ersten Durchgang Ende Februar mit 34,8 Prozent die meisten Stimmen erhalten. Ex-Regierungschef Sall landete mit 26,6 Prozent auf dem zweiten Platz. Sall er erhielt inzwischen aber die Unterstützung von mehreren in der ersten Runde ausgeschiedenen Kandidaten. 5,3 Millionen Bürger sind bei der Stichwahl wahlberechtigt. Die Kandidatur Wades für eine dritte Amtsperiode war äusserst umstritten. Nach Ansicht der Opposition durfte er sich nach der Verfassung nicht mehr bewerben. Wade selbst hält seine Kandidatur für rechtmässig. Auch das Verfassungsgericht wies Einsprüche gegen seine erneute Teilnahme bei der Wahl zurück.

### **Mali 25.03.2012**

#### **Gerüchte über Gegenputsch**

Der Anführer der Putschisten in Mali hatte gestern einigen Gerüchten widersprochen, es habe einen Gegenputsch von Anhängern des gestürzten Präsidenten Amadou Toumani Toure gegeben. Hauptmann Amadou Sanogo zeigte sich im Fernsehen und erklärte, er sei gesund, und alles sei in Ordnung. Danach sagte ein Sprecher der Putschisten, die gesamte Armee stehe hinter ihnen. In der Hauptstadt Bamako hatte es Gerüchte gegeben, Sanogo sei bei einem Gegenputsch getötet worden. Der Offizier ist Vorsitzender des von den Putschisten geschaffenen Komitees zur Wiederherstellung von Demokratie und Staat (CNRDR). Über den Verbleib Toures gab es keine sicheren Informationen. Nach unbestätigten Berichten soll er sich in Bamako befinden und von loyalen Truppen beschützt werden.

Als Grund für den Staatsstreich gaben die Putschisten den Streit über das Vorgehen der Regierung gegen den Tuareg-Aufstand an. Toure sei es nicht gelungen, die Revolte im Norden des Landes zu beenden. Die Tuareg kämpfen für einen eigenen Wüstenstaat im Norden des Landes.

### **Senegal 26.03.2012**

#### **Macky Sall gewinnt bei der Präsidentenstichwahl**

Noch bevor das amtliche Endergebnis vorlag, hatte Amtsinhaber Abdoulaye Wade seine Niederlage eingestanden. Wade gratulierte Macky Sall schon wenige Stunden nach Wahlschluss, als erst wenige Zehntausend Stimmen ausgezählt worden waren. In Dakar feierten tausende Anhänger Salls vor dessen Hauptquartier den Wahlsieg. Sie tanzten auf den Strassen und zündeten Feuerwerke an. Sall hatte sich während des Wahlkampfes für mehr Jobs in ländlichen Gebieten und gegen eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise ausgesprochen. Der 50-jährige Sall war von 2001 bis 2003 Bergbauminister, dann bis 2004 Innenminister und bis 2007 Regierungschef. Nach seinem Bruch mit Wade gründete er seine eigene politische Partei.

### **Mali 28.03.2012**

#### **Nachbarstaaten drohen mit Sanktionen**

Die in Mali an die Macht gekommenen Militärs haben eine neue Verfassung verkündet. Das malische Volk bekenne sich zum "Rechtsstaat" und zur "pluralistischen Demokratie", hiess in einer im malischen Staatsfernsehen verlesenen Erklärung. Die Menschenrechte würden garantiert. Die Mitglieder des "Nationalen Komitees für die Verbesserung der Demokratie und die Wiederherstellung des Staates" (CNRDRE), wie sich die Putschisten nennen, könnten "nicht als Kandidaten an den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen teilnehmen, die die neue Regierung organisieren will". Die Nachbarstaaten von Mali haben nach dem Putsch Sanktionen und eine Militärintervention angedroht, sollte die Armee die Macht nicht an eine zivile Regierung zurückgeben. Die USA, die EU und Frankreich haben nach dem Militärputsch in der vergangenen Woche bereits ihre Hilfszahlungen an das arme Land eingestellt.

### **Mali 29.03.2012**

#### **Vermittlungsversuch gescheitert**

Ein Vermittlungsversuch westafrikanischer Länder ist in allerletzter Minute gescheitert. Aus Sicherheitsgründen sagte die Delegation der Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS ihr für

Donnerstag geplantes Treffen mit der Junta in der malischen Hauptstadt Bamako ab. Kurz vor dem Eintreffen hatten auf dem Flughafen in Bamako dutzende Anhänger der Putschisten gegen den Besuch protestiert. Der Präsident der Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire) und Leiter der Delegation, Alassane Ouattara, war schon im malischen Luftraum unterwegs, als sein Flugzeug umgedreht ist. Auch die Präsidenten von Burkina Faso und Benin entschieden sich nicht mehr nach Mali zu reisen. Die Delegationsmitglieder vereinbarten stattdessen ein Dringlichkeitstreffen auf dem Flughafen in der ivoirischen Metropole Abidjan. In Mali hat sich inzwischen ein breites Bündnis aus Gegnern der Putschisten gebildet.

### **Mali 30.03.2012**

#### **Kämpfe in Kidal**

In der strategisch wichtigen Stadt Kidal im Norden des Landes, lieferte sich die Armee Kämpfe mit Tuareg Rebellen der Befreiungsbewegung (MNLA) und einer bewaffneten Gruppe religiöser Extremisten namens Ansar Dine (arabisch für "Verteidigung des Glaubens"). Nach Berichten zufolge ist die Stadt Kidal, rund tausend Kilometer nördlich von Bamako, von zwei Seiten angegriffen worden. Die malische Armee verteidigt die Stadt.

### **Mali 01.04.2012**

#### **Tuareg-Rebellen hissen Flagge in Timbuktu**

Nach der Einnahme der Städte Gao und Kidal im Nordosten von Mali haben die Tuareg-Rebellen am Sonntag auch die Oasenstadt Timbuktu eingenommen. Sie haben ihre Flagge auf mehreren Gebäuden gehisst. Regierungssoldaten hatten die Stadt verlassen, berichteten Bewohner der Stadt gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. Die Rebellen der (MNLA) hissten ihre Flagge beim Büro des Gouverneurs, des Bürgermeisters und auf dem Gelände des Militärcamps. Einwohner von Timbuktu berichteten auch von Schüssen und Plünderungen.

### **Mali 04.04.2012**

#### **Anklage gegen den gestürzten Präsidenten**

Der gestürzte Präsident Amadou Toumani Touré soll nach Angaben der Putschisten wegen Hochverrats und Veruntreuung angeklagt werden. Die Putschisten lehnten es ab, ihre Macht an eine demokratisch gewählte Regierung abzutreten. Sie möchten dagegen einen nationalen Dialog, dieser wird aber von den politischen Parteien in Mali abgelehnt. Die Afrikanische Union und die USA verhängten am 3. April Sanktionen gegen Mali. Nach Angaben der UNO sind ca. 200.000 Menschen auf der Flucht. Die Tuareg-Rebellen hatten mit der Unterstützung der islamistischen Gruppe Ansar Dine die Wüstenstadt Timbuktu eingenommen. Die Ansar Dine hissten inzwischen dort ihre eigene Fahne. Auch an anderen strategisch wichtigen Städten hat Ansar Dine die Macht übernommen. Die Tuareg-Rebellen wollen einen eigenen Staat im Norden und Nordosten, während die Islamisten einen Staat Mali unter Islamischer Führung möchten. Drei wichtige Führer der Al-Qaida im islamischen Maghreb, AQIM, versammelten sich in Timbuktu. Abu Zeid, Mokhtar Belmokhtar und Abu Yahya al-Hammam, alle algerischer Herkunft, hatten an einem Treffen mit der Spitze der Ansar Dine und Imamen der Stadt teilgenommen.

### **Mali 05.04.2012**

#### **Tuareg-Rebellen verkünden das Ende der militärischen Einsätze**

Die Tuareg-Rebellen der Nationalen Befreiungsbewegung (MNLA) haben ihre Kampfeinsätze für beendet erklärt. Die MNLA das Ende ihrer militärischen Einsätze ausgerufen, hiess es in einer am Mittwochabend im Internet verbreiteten Erklärung. Die Entscheidung ist nach der "vollständigen Befreiung" der Region von Azawad und auf Bitten der internationalen Gemeinschaft getroffen worden, hieß es. Das Schreiben war unterzeichnet von MNLA-Generalsekretär Bilal Ag Acherif.



## **Mali 06.04.2012**

### **Tuareg-Rebellen verkünden in Mali eigenen Staat**

Die Tuareg-Rebellen der Nationalen Befreiungsbewegung von Azawad (MNLA) haben die Unabhängigkeit für den Norden Malis ausgerufen. "Wir verkünden feierlich die Unabhängigkeit von Azawad, die von heute an gilt", sagte MNLA-Sprecher Mossa Ag Attaher am Freitag dem französischen Sender France 24. Der neue Staat solle im Einklang mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen stehen, erklärten die Tuareg-Rebellen. Alle Grenzen mit den Nachbarländern würden anerkannt und die MNLA werde alle militärischen Aktionen einstellen. Die britische Regierung zog am Freitag ihr Personal aus der Botschaft in Bamako ab und riet ihren Staatsbürgern, das westafrikanische Land umgehend zu verlassen. Die Europäische Union und die Afrikanische Union (AU) lehnen die von Tuareg-Rebellen ausgerufene Unabhängigkeit ab. Zuletzt hatten sich die Islamisten von den Tuareg distanziert und die Verbündeten aus der Stadt Timbuktu vertrieben. Ein Ansar-Dine-Sprecher sagte am Freitag in einer Videobotschaft, seine Gruppierung erkenne die Unabhängigkeitserklärung der Tuareg nicht an.

## **Mali 07.04.2012**

### **Machtübergabe der Militärjunta**

Die Militärjunta hat zwei Wochen nach ihrem Putsch mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) ein Rahmenabkommen für eine Machtübergabe abgeschlossen. Der ECOWAS-Unterhändler und Außenminister von Burkina Faso, Djibrill Bassole, erklärte dem Fernsehsender ORTM am Freitag, dass es eine Einigung mit den Putschisten unter Führung von Amadou Sanogo gibt. Das Abkommen sieht die Ernennung des Parlamentspräsidenten zum Übergangspräsidenten sowie eine Amnestie für die Putschisten vor. Mit dem Abkommen, das von Sanogo unterzeichnet und im Fernsehen verlesen wurde, soll ein Übergangsregierungschef bestimmt werden. Danach sollen freie, transparente und demokratische Wahlen vorbereitet werden. Der Parlamentspräsident, Dioncounda Traore, soll nun zuerst zum Übergangspräsidenten ernannt werden und Parlamentswahlen in den kommenden 40 Tagen organisieren. Der amtierende ECOWAS-Vorsitzende, der ivoirische Präsident Alassane Ouattara, ordnete die sofortige Aufhebung der Sanktionen gegen Mali an. Bassole sagte, ECOWAS wünsche, dass der gestürzte Präsident Toure in Freiheit und Sicherheit am Ort seiner Wahl unter dem Schutz der Armee leben könne. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung der Tuareg Rebellen wurde von den Nachbarstaaten Malis, der Afrikanischen Union (AU), der Europäischen Union, den USA und der einstigen Kolonialmacht Frankreich scharf zurückgewiesen. Auch die Tuareg in Niger, sowie ehemalige Rebellenchefs, verurteilten die Unabhängigkeitserklärung. Die Kommission der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS drohte am Freitagabend, die "territoriale Integrität" Malis auch mit Gewalt zu verteidigen.

## **Nigeria 08.04.2012**

### **Bombenanschlag bei Kirche**

Bei einem Bombenanschlag in der Nähe einer Kirche sind am Ostersonntag in der Stadt Kaduna mehrere Menschen getötet und verletzt worden. Augenzeugen berichteten von 30 Toten. Es wird vermutet, dass die Bluttat auf das Konto der islamistische Terrororganisation Boko Haram geht, die Anschläge zu Ostern in der Provinz angekündigt hatte. Unter den Toten ist nach Angaben der Sicherheitsbehörden auch der Fahrer, der ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug auf einer belebten Strassenkreuzung zur Explosion gebracht hatte. Eine Augenzeugin berichtete der Nachrichtenagentur dpa aus Kaduna, das Auto sei nahe einer Kirche in die Luft gesprengt worden.

## **Mali 08.04.2012**

### **Gestürzter Präsident Toure offiziell zurückgetreten**

Zwei Wochen nach dem Sturz durch putschende Militärs ist der Präsident Malis, Amadou Toumani Toure, offiziell zurückgetreten. Ein Rücktrittsschreiben Toures ist bei der

westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS eingegangen. Dies hatte der Aussenminister von Burkina Faso, Djibril Bassole, mitgeteilt. Toure wolle mit dem Rücktritt den Weg für eine Machtübergabe des Militärs an eine Übergangsregierung ebnen.

### **Guinea Bissau 13.04.2012**

#### **Militärputsch in Guinea Bissau**

In Guinea-Bissau haben Soldaten am Donnerstagabend Granaten auf das Haus von Ministerpräsident Carlos Domingos Gomes Junior abgefeuert. Auf den Strassen der Hauptstadt Bissau habe es zudem heftige Schiessereien gegeben. Die Ehefrau des Ministerpräsidenten, Salome Gomes, sagte Reportern am Freitag, ihr Mann sei von den Soldaten festgenommen und an einen unbekanntem Ort verschleppt worden. Auch der Übergangspräsident Raimundo Pereira wurde von den Putschenden festgenommen, wie Journalisten aus Guinea Bissau berichteten. Für den 29. April war eine Präsidentenstichwahl angesetzt worden. Ministerpräsident Gomes Junior hatte im März die erste Runde klar gewonnen und galt als klarer Favorit. Im ersten Wahlgang erhielt Gomes 49% der Stimmen und Kumba Yala wurde mit 23% der Stimmen zweiter. Durch die Wahl sollte die Nachfolge des im Januar an Diabetes gestorbenen Staatschefs Malam Bacai Sanha geregelt werden. Gomes Juniors Rivale Kumba Yala hatte angekündigt, die Stichwahl wegen einigen Unregelmässigkeiten zu boykottieren. Yala soll enge Beziehungen zum Militär des Landes haben und wurde in den vergangenen Jahren für einige Putschversuche verantwortlich gemacht. Die Putschisten haben in Bissau die wichtigsten TV und Radiosender des Landes geschlossen sowie die Zentrale der Regierungspartei besetzt und auch mehrere Botschaftsgebäude umstellt. Auf den Strassen brach eine Panik aus. Nach Informationen des Senders RDP hörten die Schüsse und Explosionen erst nach mehreren Stunden auf. Über die genaue Anzahl von Toten und verletzten Personen war nichts bekannt. Die Regierung der früheren Kolonialmacht Portugal rief zur Beendigung aller Gewaltakte auf. Die USA forderten am Freitag die Wiederherstellung einer "legitimen zivilen Regierung" und forderten alle Parteien auf, ihre Waffen niederzulegen.

### **Guinea Bissau 20.04.2012**

#### **Putschisten und Opposition einigen sich auf einen Übergangspräsidenten**

Nach dem Militärputsch haben sich die Putschisten mit der Opposition auf einen Übergangspräsidenten geeinigt. Der bei der Präsidentschaftswahl unterlegene Kandidat Manuel Serifo Nhamadjo soll die Übergangsregierung anführen, teilten die Putschisten und die Opposition am Donnerstag in einer gemeinsamen Erklärung mit. Das Abkommen mit der Opposition des Landes sieht zudem einen Nationalen Übergangsrat vor. Der Oppositionsführer Braima Sori Djalo soll diesen Übergangsrat anführen. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS verurteilte die Einrichtung "eines sogenannten Nationalen Übergangsrates". Es handle sich um einen "illegalen Beschluss", nachdem die Putschisten zuvor schriftlich zugesichert haben, die Macht abzugeben. Damit soll eine Rückkehr zur verfassungsmässigen Ordnung des Landes ermöglicht werden. Die ECOWAS Gemeinschaft werde eine Übergangsregierung nicht akzeptieren, die von der Junta hervor geht.

### **Mali 20.04.2012**

#### **Gestürzter Präsident Toure flüchtet in den Senegal**

Der gestürzte Präsident Amadou Toumani Toure ist von Mali in den Senegal geflüchtet. Toure war mit seiner gesamten Familie, darunter auch seine Kinder und Enkelkinder, und mehreren Leibwächtern ausgereist. Am späten Donnerstagabend wurde dies aus malischen Militärkreisen berichtet. Toures Ausreise war mit Zustimmung von Putschistenführer Amadou Haya Sanogo erfolgt, nachdem Soldaten am Flughafen von Bamako den Ex-Staatschef zunächst an der Ausreise hindern wollten. Ein afrikanischer Diplomat gab an, der senegalesische Aussenminister sei gekommen, um Toure in Empfang zu nehmen. In Flughafenkreisen hiess es, Toure sei unter "turbulenten Umständen" ausgereist. Militärquellen zufolge schossen Soldaten in die Luft, um die Ausreise zu verhindern, dadurch

soll es eine Massenpanik gegeben haben. Ob Toure dauerhaft im Senegal bleiben wird oder den Aufenthalt nur als Übergangslösung ansieht ist noch nicht bekannt.

### **Côte d'Ivoire 27.04.2012**

#### **ECOWAS will Truppen nach Mali und Guinea-Bissau schicken**

Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) will Truppen nach Mali und Guinea-Bissau schicken, um dort bei der Einsetzung ziviler Regierungen zu helfen. In beiden Staaten hatten sich zuletzt Militärs an die Macht geputscht. Die Organisation hat damit entgegen ihrer früheren Politik sehr entschlossen gehandelt und wird darin auch von der Europäischen Union unterstützt. Die ECOWAS erwartet, dass in den beiden Ländern innerhalb von zwölf Monaten Präsidentenwahlen stattfinden. An die Putschisten-Führer appellierte die Organisation, alle während der Putsche inhaftierten Personen freizulassen. Über die Grösse des geplanten Truppeneinsatzes wurden zunächst keine Angaben gemacht. Nach Einschätzung eines westlichen Diplomaten könnten für Mali 3.000 bis 5.000 Soldaten eingesetzt werden.

### **Mali 01.05.2012**

#### **Tote bei Gefechten zwischen Militär und Präsidentengarde**

Die internationalen Bemühungen zur Normalität nach dem Militärputsch sind vorerst gescheitert. Knapp sechs Wochen nach dem Sturz von Präsident Amadou Toumani Toure lieferten sich Soldaten der bisherigen Militärjunta und Mitglieder der Präsidentengarde Feuergefechte. Die Putschisten erklärten am Dienstag, sie hätten die Lage unter Kontrolle. In der Hauptstadt Bamako fanden die Schiessereien offenbar vor allem am Sitz des staatlichen Radio- und Fernsehsenders ORTM statt. Nach Angaben von Mitarbeitern des Senders wurden mehrere Menschen getötet. Das Rundfunkgebäude ist seit dem Militärputsch vom 22. März von der Armee besetzt. Die Präsidentengarde hat seitdem versucht, die Kontrolle über das Gebäude zurückzugewinnen. Während es in Bamako am späten Abend ruhiger wurde, gab es in der Nacht in der 15 Kilometer entfernt gelegenen Garnisonsstadt Kati weiter Gefechte. Dort befindet sich eine Kaserne, die der Ex-Junta als Hauptquartier dient. Mitglieder der Präsidentengarde blockierten nach Angaben aus verschiedenen Quellen die Strasse zwischen Bamako und dem Militärstützpunkt in Kati. Putschistenführer Amadou Sanogo erklärte, er habe die Lage im Griff. Der Flughafen von Bamako, der Sitz des Radio- und Fernsehsenders ORTM und das Militärcamp in Kati seien unter seiner Kontrolle, hiess es in einer auf dem Laufband im Fernsehen gezeigten Mitteilung. Später trat ein Militärvertreter der Ex-Junta vor die Kamera und sagte, die Sicherheit sei wiederhergestellt. Umgeben von mehreren Soldaten beschuldigte er "Personen mit schlechten Absichten", den Flughafen, den Rundfunk-Sitz und die Kaserne von Kati angegriffen zu haben, "um den Prozess der Rückkehr zur Verfassungsmässigen Ordnung zu destabilisieren". Die Feuergefechte hatten nach Angaben von Augenzeugen begonnen, nachdem Soldaten der Ex-Junta den ehemaligen Stabschef des gestürzten Präsidenten und Verantwortlichen für die Präsidentengarde, Abidine Guindo, festnehmen wollten.

### **Guinea-Bissau 11.05.2012**

#### **Einigung auf Übergangspräsident**

Ein Monat nach dem Militärputsch in Guinea-Bissau hat eine politische Lösung des Konflikts Form angenommen. Putschisten und Unterhändler der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) haben sich am Freitag auf den Parlamentspräsident Manuel Serifo Nhamadjo als Übergangspräsident geeinigt. Eine Rückkehr zur alten Regierung wurde aber definitiv ausgeschlossen. Der Chef der ECOWAS-Vermittler, der nigerianische Aussenminister Nurudeen Mohammed, erklärte das es nicht in Fragekomme, dass der am 12. April abgesetzte Regierungschef Carlos Gomes Junior und Präsident Raimundo Pereira an die Macht zurückkehrten. Weiter, sagte er: "Wir haben die Entscheidung nach dem Willen der Mehrheit der Parteien getroffen". Das Militär in Guinea-Bissau hatte kurz vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl am 12. April geputscht. Vor der Stichwahl wurde ein Sieg

von Regierungschef Gomes erwartet. Die Junta hatte Nhamadjo zum Interimspräsidenten ernannt. Nhamadjo lehnte seine Ernennung jedoch als ungesetzlich ab. Erst mit dem Rückhalt der ECOWAS akzeptierte er seine Berufung. "Er werde weiter nach einem vom Konsens getragenen Ministerpräsidenten suchen", sagte Nhamadjo. Die von der Macht verdrängte PAIGC-Partei bezeichnete Nhamadjo Ernennung als "verfassungswidrig". "Wir werden einen Präsidenten, der nicht demokratisch gewählt wurde, nicht anerkennen", sagte ein führender Parteivertreter. Die PAIGC war vor dem Putsch ein Jahrzehnt lang an der Macht. Nhamadjo war in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl mit knapp 16 Prozent nur auf Platz drei gekommen. Gomes und Pereira flohen inzwischen in die Côte d'Ivoire.

### **Mali 12.05.2012**

#### **Christen flüchten vor Islamisten**

Vor sechs Wochen übernahmen die Islamisten der Tuareg-Separatistengruppe Ansar Dine die Kontrolle in der Region um die Stadt Gao in Nordmali. Neunzig Prozent der Christen sind bereits geflohen. Christliche Einrichtungen wurden angegriffen oder zerstört, berichten Augenzeugen. Islamisten haben strenge Scharia-Gesetze in der Region durchgesetzt. Gebäude von christlichen Hilfsorganisationen wurden niedergebrannt. Wie die Rebellen der Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad (MNLA) nutzte Ansar Dine die Möglichkeit nach dem Rückzug der Armee aus Nordmali zur Übernahme der Kontrolle. Die MNLA bestreitet Verbindungen zu den Islamisten. Die Zahl der Flüchtlinge aus Nordmali ist nach Angaben von Ärzten ohne Grenzen innerhalb weniger Wochen dramatisch angestiegen. Die Flüchtlinge versuchen mit allen Mitteln, sich in Sicherheit zu bringen. Sie flüchten in Autos, Bussen, auf Eseln oder sogar Kamelen. Das UNO-Kinderhilfswerk Unicef geht davon aus, dass inzwischen mehr als 300.000 Menschen aus dem Norden Malis geflohen sind. Sie brachten sich in andere Regionen des Landes oder über die Grenze in Nachbarstaaten wie Burkina Faso oder Niger in Sicherheit.

### **Nigeria 14.05.2012**

#### **ECOWAS schickt Truppen nach Guinea-Bissau**

Die ECOWAS schickt Truppen nach Guinea-Bissau. Sie sollen dort die Lage stabilisieren. Nigeria möchte noch diese Woche Truppen dorthin entsenden. Das Eintreffen der Soldaten ist noch vor Freitag in dem westafrikanischen Land vorgesehen, sagte Verteidigungsminister Bello Haliru Mohammed gestern bei einem Treffen regionaler Verteidigungsminister. Die Staatsführer der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) beschlossen, 500 bis 600 Soldaten aus Nigeria, Togo, der Côte d'Ivoire und dem Senegal nach Guinea-Bissau zu schicken. Die ECOWAS beschloss auch Truppen nach Mali zu entsenden, wo Präsident Amadou Toumani Touré am 22. März bei einem Militärputsch gestürzt worden war. Mohammed betonte, die Truppen zur Entsendung nach Mali stünden bereit. Nigeria erwarte nun eine Entscheidung der ECOWAS. Der malische Putschistenführer Amadou Sanogo hat zwar die Macht an eine zivile Regierung abgegeben, weigert sich aber gegen die Stationierung ausländischer Truppen. In Guinea-Bissau hatten sich die Putschisten am Freitag mit ECOWAS-Vermittlern auf eine Übergangsregierung geeinigt.

### **Mali 22.05.2012**

#### **Malis Präsident tätlich angegriffen**

Malis Übergangspräsident Dioncounda Traore ist am Montag in Bamako von wütenden Demonstranten im Präsidentenpalast verletzt worden. Nach Berichten örtlicher Medien wurde der 70-Jährige mit Kopfverletzungen und bewusstlos in ein Krankenhaus gebracht. Demonstranten waren in den Präsidentenpalast eingedrungen und hatten Traore attackiert. Zuvor hatten sich vor dem Gebäude mehrere tausend Menschen zu Protesten gegen die Übergangsregierung versammelt. Die Demonstrationen hatten sich gegen die mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS vereinbarten einjährigen Übergangsperiode bis zur Abhaltung allgemeiner Wahlen demonstriert gerichtet. Etwa 30.000 Menschen waren einem Aufruf der "Koordination der patriotischen Organisationen"

gefolgt. Journalisten berichteten aber von weniger Teilnehmern. Die Demonstranten warfen der ECOWAS "Verrat" vor. Die westafrikanische Staatengemeinschaft verurteilte die Übergriffe auf Traore als "zweiten Putsch" in Mali. Minister der ECOWAS-Länder bewerteten die Vorgänge in dem westafrikanischen Land als organisierte Kampagne. Beim Treffen der Minister der Mitgliedsstaaten mit dem UN-Sicherheitsrat am Montag in Abidjan in der Côte d'Ivoire wurde der Anführer der Putschisten vom 22. März, Amadou Sanogo, für die Angriffe auf Traore vom Montag verantwortlich gemacht. ECOWAS und Sicherheitsrat zeigten sich "höchst besorgt". Eine Entsendung von ECOWAS-Soldaten nach Mali ist vorerst nicht klar, da dies vermutlich Wochen dauern wird und Mali eine solche Entscheidung auch weiterhin ablehnt.

### **Mali 28.05.2012**

#### **Neuer Staat ? "Islamische Republik Azawad"**

Nach Angaben des britischen Senders BBC In Mali haben sich die Tuareg-Rebellen und die Islamistengruppe Ansar Dine auf die Errichtung eines islamischen Staates im Norden des Landes geeinigt. Ein Kommandant der "Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad" (MNLA) in Timbuktu bestätigte dies der BBC. Oberst Bouna Ag Attayoub erklärte: "Die Islamische Republik Azawad ist nun ein unabhängiger, souveräner Staat."

Die Vereinbarung wurde in der Stadt Gao getroffen, die die Rebellen Anfang April gemeinsam mit den beiden anderen strategisch wichtigen Städten Kidal und Timbuktu eingenommen hatten. Die Islamisten hatten angekündigt, in den eroberten Gebieten die Scharia einführen zu wollen. Dagegen hatte sich die MNLA bisher gestäubt. Was die neu getroffene Vereinbarung genau vorsieht ist noch unklar.

Flüchtlinge aus Gao hatten bereits im April der Deutschen Presse-Agentur (dpa) erklärt, dass im Norden Malis das islamische Recht gelte. Frauen dürften sich nicht mehr kleiden, wie sie wollten, und müssten ihren Kopf bedecken. Bars und Nachtclubs in Gao seien dem Erdboden gleichgemacht worden, berichtete Malier, die in den Niger geflohen waren. Insgesamt sind bereits 300.000 Menschen aus der Region geflohen.

Den Ansar Dine werden Verbindungen zur Terrororganisation "Al-Kaida im islamischen Maghreb" nachgesagt. Die Islamisten hatten die MNLA bei der Eroberung von Nord-Mali unterstützt. Das Gebiet von "Azawad" reicht von den Grenzen zu Algerien und der Republik Niger bis zum Fluss Niger.

### **Mali 01.06.2012**

#### **Kein gemeinsamer Staat von Tuareg und Islamisten**

Die Tuareg-Rebellen im Norden von Mali haben die Gründung eines Staates zusammen mit den Islamisten abgelehnt. Als Grund wurde die unnachgiebige Haltung der Islamistengruppe Ansar Dine genannt, die im Norden von Mali das islamische Sharia-Recht einführen will, erklärten die Rebellen der Nationalen Befreiungsbewegung von Azawad. Damit ist auch die Übereinkunft über einen Zusammenschluss mit der Islamistengruppe vom vergangenen Samstag hinfällig.

Zuvor hatten beide Gruppen bekanntgegeben, dass sie gemeinsam einen "Übergangsrat eines islamischen Staates Azawad" beabsichtigen. In einem entsprechenden Abkommen zur Unabhängigkeit des Gebietes wurde ausdrücklich auch der Islam als Religion für das neue Staatsgebiet festgelegt.

### **Cote d'Ivoire 08.06.2012**

#### **Sieben nigerische UNO-Soldaten getötet**

Sieben nigerische UNO-Soldaten waren gestern im Westen des Landes, südlich der Stadt Tai nahe der Grenze zu Liberia, in einen Hinterhalt geraten und getötet worden. Es war der erste derartige Angriff auf Blauhelm-Soldaten in dem Land, sagte ein UNO-Sprecher und sprach von einer "schweren Verletzung internationalen Rechts". Noch am Freitag verurteilte der Sicherheitsrat der UNO den Vorfall.

Aus UNO-Kreisen verlautete, dass die Blauhelm-Soldaten im Gebiet von Tai auf Patrouille waren, nachdem es Gerüchte über bevorstehende Anschläge in der Region gegeben hatte. Nach Angaben der ivoirischen Verteidigungsministers Paul Koffi Koffi, gab es zunächst einen Angriff einer Miliz aus Liberia. Der Angriff erfolgte auf das Dorf von Para. Soldaten der FRCI (republikanischen Kräfte der Côte d'Ivoire) folgten mit Unterstützung der UNOCI Friedenstruppen den Angreifern. Dabei gerieten die UNO-Soldaten in den Hinterhalt. Die ivoirische Regierung beschuldigt pro-Gbagbo-Milizen für die Angriffe in der Region im Westen der Côte d'Ivoire. Das Gebiet gehört zu den instabilsten des Landes und wurde seit dem Ende des gewaltsamen Machtkampfes an der Staatsspitze von Dezember 2010 bis April 2011 bereits mehrfach von blutigen Anschlägen getroffen.

### **Cote d'Ivoire 09.06.2012**

#### **Acht Zivilisten getötet, hunderte auf der Flucht**

Mindestens acht Zivilisten wurden am Freitagabend von unbekanntem Angreifern im Südwesten der Côte d'Ivoire getötet. Der AFP sagte am Samstag Frau Anouk Desgroseilliers, Communications Managerin des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) in der Côte d'Ivoire: "Nach unseren Informationen wurden mindestens acht Zivilisten getötet, darunter eine Frau."

Der Angriff auf mehrere ivoirische Dörfer, südlich der Stadt Tai, nahe der liberianischen Grenze hat zu einem Flüchtlingsstrom geführt.

"Hunderte von Menschen flüchteten nach Tai, vielleicht auch Tausende, andere sind noch auf der Flucht in Richtung Norden. Fünfunddreissig Familien hätten die Grenze nach Liberia überschritten," sagte Frau Anouk Desgroseilliers.

In der Stadt Tai sind das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), und das Danish Refugee Council (DRC) mit lokalen Partnern dabei, den Vertriebenen zu helfen und sie mit Wasser und Essen zu versorgen. Die ivoirische Regierung macht Milizen aus Liberia für die Angriffe verantwortlich.

### **Niger 17.06.2012**

#### **Nigers Präsident warnt vor Situation in Mali**

Der nigrische Präsidenten Mahamadou Issoufou hat in einem Interview der französischen Zeitung "Le Journal du Dimanche" gewarnt, dass Afrika zu Afrikas Afghanistan werden könnte. Nach seinen Angaben unterhalten islamistische Milizen terroristische Trainingslager und verfügen schon über schwere Waffen. "Europa und besonders Frankreich sind ebenfalls in Gefahr" sagte Issoufou.

Nach Issoufous Angaben bilden afghanische und pakistanische Experten, Kämpfer aus ganz Westafrika in den Lagern des westafrikanischen Landes aus. Von Libyen kämen auch Luftabwehrraketen des Typs SAM-6 und grössere Geschütze in den Norden Malis, den Tuareg-Rebellen und islamistische Milizen vor rund zwei Monaten erobert haben.

Weiter erklärte Issoufou: "Die Destabilisierung der Region ist eine direkte Folge der westlichen Intervention in Libyen und Malis Krise eine Konsequenz davon. Libyen ist ein riesiges Waffenlager geworden, wo sich die diversen Händler versorgen. Würde den Milizen nicht schnell Einhalt geboten, drohe eine Destabilisierung des gesamten Kontinents", betonte Issoufou. Die Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen rief der Präsident zur Unterstützung einer Militärintervention im Norden Malis auf.

### **Mali 30.06.2012**

#### **Islamisten zerstörten UNESCO-Kulturerbe**

Islamisten haben in Timbuktu ein zum UNESCO-Weltkulturerbe zählendes Mausoleum zerstört. Mitglieder der Islamisten-Gruppe Ansar Dine hatten am Samstag das Mausoleum des Heiligen Sidi Mahmoud verwüstet. Augenzeugen berichteten dies der Nachrichtenagentur AFP. Im Mai war das Mausoleum teilweise schon zerstört worden. Nun rissen die Islamisten die Mauer der Grabstätte ein, wie aus dem Umfeld eines Imam bestätigt wurde. Die Islamisten lehnen den Sufismus, eine besondere Richtung im Islam ab. Die Verehrung von

Heiligen wird von den Radikalen strikt abgelehnt. Wegen des bewaffneten Konflikts in Mali hatte das UNESCO-Welterbekomitee die Wüstenstadt Timbuktu erst Ende Juni auf die Liste des gefährdeten Welterbes gesetzt.

Wie Journalisten aus Timbuktu weiter berichteten zogen die Männer anschliessend zum Mausoleum des Heiligen Sidi Moctar. Nach Angaben von weiteren Augenzeugen hatten sie damit begonnen, einen Friedhof im Norden der Stadt zu schänden. "Sie sagten, dass sie alles zerstören wollen", berichtete ein. Damit reagierten die Islamisten auf die Entscheidung des Welterbekomitees. Sie werfen der UNESCO nach Angaben eines Augenzeugen vor, sich "in ihre Angelegenheiten einzumischen".

## **Mali 02.07.2012**

### **IStGH-Chefanklägerin Fatou Bensouda: Zerstörung von Welterbe "Kriegsverbrechen"**

Die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Fatou Bensouda, hat die Zerstörung von Welterbestätten in Mali durch Islamisten als "Kriegsverbrechen" bezeichnet. "Meine Botschaft an diejenigen, die an diesen Verbrechen beteiligt sind, ist eindeutig: Hört sofort mit der Zerstörung dieser religiösen Gebäude auf", sagte Bensouda in einem Interview mit der Nachrichtenagentur AFP am Sonntag in Dakar. "Das ist ein Kriegsverbrechen, für dessen Untersuchung meine Behörde die vollständige Befugnis hat."

Mali habe das Römische Statut unterzeichnet, auf dessen Grundlage der IStGH gegründet wurde, sagte Bensouda. Die Juristin aus Gambia verwies auf Artikel 8 des Statuts, wonach die Zerstörung ziviler Gebäude, die keine militärischen Ziele sind, ein Kriegsverbrechen ist. "Das schliesst historische Denkmäler ebenso ein wie die Zerstörung religiöser Stätten", und die Verantwortlichen für die Zerstörungen in Timbuktu sollten wissen, "dass sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden und dass die Gerechtigkeit siegen wird", sagte Bensouda.

Islamistische Rebellen der Gruppe Ansar Dine hatten am Wochenende in Timbuktu im Norden Malis mehrere zum Weltkulturerbe zählende Heiligengräber zerstört. Bis zum Sonntagnachmittag waren vier Mausoleen von Heiligen sowie drei weitere Grabmäler vernichtet. Ansar Dine hatte angekündigt, alle 16 Heiligengräber in der Stadt am Rande der Sahara zerstören zu wollen. Am Montag zerstörten die Islamisten den Eingang der Sidi-Yahya-Moschee in Timbuktu. Die Angreifer hätten die "heilige Tür" des zum Weltkulturerbe zählenden Gebäudes zerstört, die normalerweise nie geöffnet werde, sagte ein Bewohner der Stadt der AFP. Die zerstörte Tür führte zu einem Heiligengrab. Dem örtlichen Glauben zufolge bringt es Unglück, sie zu öffnen. Ein anderer Augenzeuge sagte, die Islamisten hätten zeigen wollen, dass das Öffnen der Tür keine Folgen hat.

## **Senegal 04.07.2012**

### **Grosser Sieg für Koalition von Präsident Sall**

Bei der Parlamentswahl im Senegal hat die Koalition von Staatspräsident Macky Sall einen grossen Sieg errungen. Nach dem am Mittwoch veröffentlichten Endergebnis gewann das Parteienbündnis des Staatschefs bei der Abstimmung am Sonntag 119 der 150 Sitze der Nationalversammlung. Die Demokratische Senegalesische Partei (PDS) von Ex-Präsident Abdoulaye Wade, erhielt dagegen nur zwölf Mandate. Eine Gruppe von PDS-Dissidenten kam auf vier Sitze.

Macky Sall verfügt nun über eine bequeme Mehrheit, um die angekündigten Reformen umzusetzen. Nach den offiziellen Angaben lag die Wahlbeteiligung mit 36,6 Prozent deutlich unter den 55 Prozent der zweiten Runde der Präsidentenwahl am 25. März, bei der Sall mit 65 Prozent der Stimmen Amtsinhaber Wade deutlich geschlagen hatte. Um die 150 Sitze in der Nationalversammlung hatten sich insgesamt 7000 Kandidaten beworben. Der Wahlkampf verlief gegenüber den Präsidentenwahlen friedlich.

## **Ghana 25.07.2012**

### **Dramani Mahama ist neuer Präsident von Ghana**

Nach dem plötzlichen Tod des ghanaischen Präsidenten John Atta Mills ist dessen Stellvertreter John Dramani Mahama als Nachfolger vereidigt worden. Nach seiner Vereidigung am Dienstagabend vor dem Parlament von Accra versprach der 53-jährige Historiker und frühere Diplomat, dafür zu sorgen, dass sein Land weiterhin stabil bleiben werde. Gemäss der Verfassung wird Mahama bis zu den Präsidentschaftswahlen im Dezember die Amtsgeschäfte führen. Mills war am Dienstag überraschend in ein Krankenhaus der Hauptstadt gebracht worden und wenige Stunden später gestorben. Nach unbestätigten Berichten der örtlichen Medien litt der 68-Jährige an Kehlkopfkrebs. Mills stand seit Januar 2009 an der Spitze des westafrikanischen Landes. Im Dezember wollte er sich als Kandidat der Regierungspartei der Wiederwahl stellen. Ghana gilt als eine der wenigen funktionierenden Demokratien in Afrika.

## **Mali 30.07.2012**

### **Malis Übergangspräsident strebt Einheitsregierung an**

Kurz nach der Rückkehr von einer medizinischen Behandlung in Frankreich hat der malische Interimspräsident Dioncounda Traore die Bildung einer Einheitsregierung in die Hände genommen. Traore hielt sich zwei Monate zur Genesung in Frankreich auf, nachdem er am 21. Mai in Bamako in seinem Büro von Rebellen angegriffen und verletzt worden war. Traore beschnitt die Kompetenzen des Regierungschefs und arbeitete am Montag an der Schaffung neuer Staatsorgane, mit denen die Krise im Norden des Landes überwunden werden soll. Rund die Hälfte des Staatsgebiets Malis wird von Islamisten kontrolliert.

Mali stehe in einem "Wettlauf gegen die Zeit", der nur mit einer "heiligen" Allianz der politischen Kräfte gewonnen werden könne, sagte Traore. In einer im Staatsfernsehen verbreiteten Rede an die Nation verkündete Traore. Er werde persönlich die Beratungen über die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit leiten, sagte Traore. Eine neue nationale Kommission werde Friedensverhandlungen mit den Islamisten führen, die den Norden kontrollieren.

Der Astrophysiker Cheick Modibo Diarra, der an der Spitze der Regierung stand, bekam die schweren politischen Probleme nicht in den Griff. Diarra wies jedoch die Aufforderung zum Rücktritt ab. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) hatte Mali zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit bis zum 31. Juli aufgefordert. Das Staatenbündnis ist bereit, rund 3.000 Soldaten nach Mali zu entsenden, um die seit Monaten schwelende Staatskrise zu überwinden. Dafür bedarf es noch eines UN-Mandats und einer Anforderung der Hilfe aus Bamako. "Wenn Mali das Ultimatum verstreichen lässt, dann wird die Ecowas sehr wahrscheinlich Truppen nach Mali entsenden", sagte der Westafrika-Experte Abdou Aine.

## **Mali 21.08.2012**

### **Neue Regierung in Mali gebildet**

Nach Monaten der Unsicherheit und Gewalt hat Mali nach Medienberichten wieder eine Regierung. Ministerpräsident wird erneut der zuletzt umstrittene Cheick Modibo Diarra. Mehrere Minister sollen enge Kontakte zu den Putschisten haben.

Zuletzt waren die Forderungen nach einer Regierung der nationalen Einheit immer grösser geworden. Der kommissarische Ministerpräsident Diarra geriet unter heftigen Druck, nachdem er eine von den westafrikanischen Staaten gesetzte Frist zur Regierungsbildung am 10. August hatte verstreichen lassen.

An der neuen Regierung sind insgesamt 31 Minister beteiligt. Fünf von ihnen sollen Vertraute von Hauptmann Amadou Sanogo sein, der im März den Militärputsch gegen den Präsidenten Malis, Amadou Toumani Touré, angeführt hatte. Cheick Modibo Diarra bleibt den Angaben zufolge Ministerpräsident, obwohl er in den vergangenen Wochen zu einer umstrittenen Figur wurde.



Zuletzt wurden immer wieder Befürchtungen laut, dass es zu einer Spaltung Malis kommen könnte, weil die Übergangsregierung im Norden keinen Einfluss mehr hat. Mehreren islamistischen Gruppen nutzten das Machtvakuum um den Norden des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen. In Malis Hauptstadt Bamako hatten vor gut einer Woche etwa 60.000 Menschen für "Frieden und nationale Versöhnung" demonstriert. Aufgerufen zu der Kundgebung hatte der Hohe Islamische Rat von Mali.

### **Mali 02.09.2012**

#### **Islamisten nehmen Stadt im Süden ein**

Bewaffnete Islamisten haben die Stadt Douentza an der Grenze zwischen dem von Rebellen besetzten Norden und dem von der Regierung in Bamako kontrollierten Süden des Landes eingenommen. Wie Einwohner der Stadt Douentza berichteten, fuhren Mitglieder der Bewegung für die Einheit und den Jihad in Westafrika (MUJAO) am Samstag mit bewaffneten Geländewagen in die Stadt und entwaffneten die Mitglieder der örtlichen Miliz Ganda Iso. Bewohner der Stadt berichteten, dass niemand getötet wurde. Douentza ist eine strategisch wichtige Stadt an der Strasse nach Gao.

### **Gambia 15.09.2012**

#### **Geplante Hinrichtungen werden nach internationalen Protesten ausgesetzt**

Nach internationalen Protesten hat Gambias Präsident Yahya Jammeh sein Plan aufgegeben, alle zum Tode verurteilten Häftlinge im Land hinrichten zu lassen. Der Vollzug der Todesstrafen sei auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, hiess es am späten Freitagabend in einer im Gambischen Fernsehen verlesenen Erklärung des Präsidenten. Jammeh hatte bei den Feiern zum Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan angekündigt, bis Mitte September alle Todeskandidaten in dem Land hinrichten zu lassen.

Direkt nach der Ankündigung des Präsidenten Mitte August wurden neun Häftlinge hingerichtet. Die Todeskandidaten, darunter eine Frau, wurden von einem Exekutionskommando erschossen. Es waren die ersten offiziellen Hinrichtungen in Gambia seit 1985. Ein Vertreter der Sicherheitsbehörden sagte nach den Hinrichtungen, dass noch weiteren 40 Gefangenen die Vollstreckung der Todesstrafe bevor steht. Der frühere Armeeeoffizier Jammeh, hatte sich im Jahr 1994 an die Macht geputscht und ist dafür bekannt, mit aller Härte zu regieren und gegen die gesamte Opposition des Landes vorzugehen.

### **Mali 02.10.2012**

#### **USA erwägen Luftangriffe auf den Norden von Mali**

Die US-Regierung erwägt nach Informationen der "Washington Post" vom Dienstag Luftschläge gegen islamistische Terrorgruppen im Norden von Mali. John Brennan, der für Terrorbekämpfung zuständige Berater von Präsident Barack Obama, bewertet die Situation in Zusammenarbeit mit dem Aussen- und dem Verteidigungsministerium. Das Weisse Haus wollte auf Anfrage dahingehende Überlegungen nicht dementieren. Al-Kaida und somit auch dessen Zweig AQMI ("Al-Kaida im Islamischen Maghreb"), war nach dem Ende Gaddafis in den Besitz umfangreicher libyscher Waffen und Rüstungsgüter gelangt ist.

Die USA hatten erst am Vortag ihre Unterstützung für einen afrikanischen Militäreinsatz gegen die islamistischen Rebellen im Norden Malis in Aussicht gestellt. Der für afrikanische Angelegenheiten zuständige stellvertretende US-Aussenminister Johnnie Carson erklärte am Montag: "Washington werde eine gut geplante und gut ausgerüstete Mission mittragen. Der Einsatz müsse aber unter der Leitung des Militärs von Mali stehen und von allen Nachbarstaaten gebilligt werden." Der Afro-Amerikaner Carson ist "Assistant Secretary of State for African Affairs".

Eine ausländische Militärintervention ist die einzige Möglichkeit, eine drohende Destabilisierung der gesamten Sahel-Zone aufzuhalten, erklärte der Generalsekretär der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF), der frühere senegalesische Staatspräsident Abdou Diouf, dem französischen Sender "TV5 Monde". Die Hoffnung auf eine

Verhandlungslösung habe sich zerschlagen. "Das Problem lässt sich nur militärisch regeln. Wir haben keine andere Wahl."

### **Cote d'Ivoire 02.10.2012**

#### **Prozess gegen Militärs begonnen**

Am Dienstag hatte unter strengen Sicherheitsvorkehrungen der erste Prozess gegen frühere Militärs begonnen, denen die Regierung von Präsident Alassane Ouattara "Völkermord" zur Last legt. Zu den Militärs gehören der ehemalige Kommandant der Republikanischen Garde, General Brunot Dogbo Blé, und eine weitere Anzahl an Offizieren die sich vor Gericht unter anderem wegen Freiheitsberaubung mit Todesfolge, Vergewaltigung, Raub und Veruntreuung während des blutigen Machtkampfes zwischen Ouattara und dessen Amtsvorgänger Laurent Gbagbo. In den Jahren 2010/11 starben über 3000 Menschen und ca. 2 Millionen waren auf der Flucht.

General Dogbo Blé befindet sich seit April 2011 in Haft. Gbagbo wurde an den Haager Internationalen Strafgerichtshof überstellt. Dogbo Blé wird auch für den Tod des ehemaligen ivoirischen Juntachefs General Robert Guei verantwortlich gemacht, der im September 2002 bei einem fehlgeschlagenen Putsch gegen Gbagbo umgekommen war. Nach Erkenntnissen von der Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch wurde auch unter Ouattara gefoltert und gemordet.

### **Togo 06.10.2012**

#### **Piraten überfallen deutschen Öltanker vor Togo**

Piraten haben vor der Küste von Togo den Öltanker eines deutschen Reeders überfallen und die Fracht geraubt. Zwölf Piraten hätten das Schiff am Donnerstag geplündert und nach einem Tag wieder freigegeben. Das für die Piraterie zuständige Stelle des International Maritime Bureau (IMB) teilte dies am Freitag in Kuala Lumpur mit. Die Piraten bedrohten die Besatzung des Tankers mit Waffen und pumpen das Öl auf ein anderes Schiff um.

Die Crew des Schiffes sei, von "leichten Verletzungen" abgesehen, unversehrt, teilte das in Kuala Lumpur ansässige Seefahrts-Büro mit. Die Piraten sperren die Besatzung in die Kapitänskabine ein und raubten deren persönliches Eigentum. Das IMB warnte vor einer Zunahme der Piratenangriffen im Golf von Guinea, im Süden von Westafrika. In diesem Jahr seien in der Region bereits 43 Übergriffe durch Piraten gemeldet worden, darunter Kaperungen, Entführungen und Morde. Die Angreifer hätten es meist auf Öl abgesehen, das sie abpumpen und auf dem Schwarzmarkt verkaufen. Das IMB warnte, vor Westafrika könne sich ein neuer Schwerpunkt der Piraterie entwickeln und forderte mehr Patrouillen, um den Seehandel zu schützen.

### **Mali 13.10.2012**

#### **UNO Sicherheitsrat erlaubt Militäreinsatz**

Der UNO Sicherheitsrat hat einer Militäroffensive gegen die islamistischen Aufständischen im Norden Malis genehmigt. Die Resolution wurde am Freitag in New York einstimmig verabschiedet. Für einen UNO-Einsatz müsste der Sicherheitsrat eine neue Resolution verabschieden und mit ihr grünes Licht geben. Das wird aber nicht vor Jahresende erwartet.

Der Sicherheitsrat appellierte an die malische Regierung in Bamako sowie an ihre verschiedenen Gegner, "glaubwürdige Verhandlungen" zu beginnen. Vorbereitungen für einen Einsatz laufen aber an. Dazu soll UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon in den kommenden 45 Tagen mit der Regierung in Bamako, der ECOWAS und der AU einen Plan zur Rückeroberung der besetzten Gebiete ausarbeiten. Die malische Regierung hatte selbst formell um militärische Hilfe aus dem Ausland unter UNO-Mandat gebeten.

Die Resolution nach Kapitel VII der UNO-Charta ermöglicht die Anwendung militärischer Gewalt. Zudem wird die Europäische Union um Unterstützung und Ausbildung der malischen Streitkräfte gebeten.

## **Niger 15.10.2012**

### **Entwicklungshelfer im Süden des Landes verschleppt**

Im Süden Nigers sind fünf Entwicklungshelfer und ein Fahrer verschleppt worden. Wie die Behörden am Montag mitteilten, wurden die Helfer und der Fahrer am Sonntagabend von schwerbewaffneten Männern aus ihren Häusern in der Ortschaft Dakoro im Südwesten des Landes entführt. Die Kidnapper waren sofort mit ihren Opfern in zwei Geländewagen in Richtung Agadez an der Grenze zu Mali gerast. Einer der Entwicklungshelfer wurde dabei verletzt, er stammt aus dem Tschad. Die übrigen Opfer sind Einheimische.

Ein westlicher Diplomat in der Hauptstadt Niamey sagte, möglicherweise waren die Entführer auf der Suche nach westlichen Entwicklungshelfern gewesen. Der Ort liegt in der Nähe von Maradi, der nigrischen Wirtschaftsmetropole im Grenzgebiet zu Nigeria. Dort ist die islamistische Gruppe Boko Haram aktiv.

## **Benin 22.10.2012**

### **Komplott gegen Präsident aufgedeckt**

In Benin ist nach Justizangaben ein Giftanschlag auf Präsident Boni Yayi verhindert worden. Drei Vertraute des Staatschefs sind wegen Verschwörung und versuchten Mordes festgenommen worden, sagte Generalstaatsanwalt Justin Gbenameto am Montag vor Journalisten. Demnach hatten der Leibarzt und eine Nichte von Boni Yayi sich für 1,5 Millionen Euro bereit erklärt, dessen Schmerztabletten mit einem tödlichen Gift zu vertauschen. Ein ehemaliger Industrieminister habe in dem Komplott vermittelt.

Urheber der Verschwörung ist laut dem Staatsanwalt ein Geschäftsmann namens Patrice Talon, der sich im Ausland befindet. Dem ehemaligen Vertrauten von Boni Yayi sind laut einem Berater des Präsidenten kürzlich einträgliche Monopole im Hafen und im Agrarsektor genommen worden. Der 60-jährige Boni Yayi ist seit 2006 an der Macht und wurde im Jahr 2011 wiedergewählt.

## **Cote d'Ivoire 26.10.2012**

### **Mehr als 200 Festnahmen und Folter**

In der Cote d'Ivoire sind nach Angaben von Amnesty International mehr als 200 Anhänger des früheren Staatschefs Laurent Gbagbo "willkürlich festgenommen und gefoltert" worden. Die Organisation erklärte am Freitag, Präsident Alassane Ouattara müsse seinem Versprechen nachkommen, die Menschenrechte zu respektieren. Amnesty-Experten hatten einen Monat lang die Cote d'Ivoire bereist, die seit August von der schwersten Gewalt seit dem Ende des Machtkampfs zwischen Gbagbo und Ouattara im April 2011 erschüttert wird.

Nach Angaben von Amnesty International reagierten die ivoirischen Sicherheitskräfte auf die jüngsten Unruhen mit überzogener Gewalt und willkürlichen Festnahmen gegen Mitglieder der Gbagbo-Partei Ivoirische Volksfront (FPI). Die Gefangenen sind mit Stromkabeln und geschmolzenem Plastik gefoltert und teilweise auch sexuell misshandelt worden.

Polizei und Armee verweigerten nach Angaben von Zeugen den Gefangenen oft über Monate den Kontakt zu Anwälten und Verwandten. Amnesty dokumentierte zudem einen Überfall auf ein Lager vertriebener Gbagbo-Sympathisanten im Westen des Landes, bei dem mindestens sechs Menschen getötet wurden.

## **Guinea Bissau 27.10.2012**

### **Angeblicher Putschist festgenommen**

Das Militär in Guinea Bissau hat nach eigenen Angaben den Anführer des angeblichen Putschversuchs vor einer Woche festgenommen. Pansau N'Tchama werde in die Hauptstadt Bissau gebracht, sagte ein Militärsprecher am Samstag der Nachrichtenagentur AFP. Nach Angaben eines anderen Militärsprechers wurde N'Tchama mit zwei weiteren Mitverschwörern in Bolama festgenommen. Bei dem Angriff auf eine Kaserne in dem westafrikanischen Staat waren vergangenen Sonntag mindestens sieben Menschen getötet worden. Die Regierung wirft der früheren Kolonialmacht Portugal eine Beteiligung an dem Putschversuch vor.

Der ehemalige Elitesoldat N'Tchama soll hinter dem Angriff auf die Kaserne in der Nähe des Flughafens von Bissau stecken. Er war erst kürzlich aus Portugal zurückgekehrt, wo er nach Angaben aus Sicherheitskreisen seit 2009 eine militärische Ausbildung gemacht hatte. Er war auch der Chef einer Kommandoeinheit, die im März 2009 den damaligen Staatschef Joao Bernardo Vieira getötet hatte.

Guinea-Bissau ist wegen der instabilen politischen Lage zu einer wichtigen Drehscheibe des Drogenschmuggels zwischen Südamerika und Europa geworden.

## **Nigeria 02.11.2012**

### **Armee tötet junge Männer**

Die nigerianische Armee hat nach Angaben von Überlebenden über 40 junge Männer in der mehrheitlich muslimischen Stadt Maiduguri im Nordosten des Landes hingerichtet. Zwei Anwohner sagten am Freitag der Nachrichtenagentur AFP, die Soldaten hätten in den Vierteln Kalari, Gwange und zwei weiteren Stadtteilen junge Männer zusammengetrieben und diese noch vor Ort erschossen. Als die Angehörigen der Opfer die Leichen im städtischen Krankenhaus abholen wollten, zählten sie nach Angaben einer der Zeugen 48 Tote.

Ein Mitarbeiter des Leichenhauses im Hospital von Maiduguri sagte AFP, Soldaten hätten am Donnerstag 39 Leichen mit Schusswunden eingeliefert. Die Armee lehnte einen Kommentar ab. Die Stadt gilt als Hochburg der radikalislamischen Rebellengruppe Boko Haram und war zuletzt wiederholt Schauplatz der Gewalt zwischen staatlichen Sicherheitskräften und Islamisten. Amnesty International berichtete am Donnerstag von schweren Menschenrechtsverletzungen der Armee im Kampf gegen Boko Haram.

## **Mali 10.11.2012**

### **Verhandlungen über Militärintervention**

Die Präsidenten der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS wollen am 11.10.2012 einen Interventionsplan für Mali beschließen. Bei dem Treffen in der nigerianischen Hauptstadt Abuja liegt ein Papier auf dem Tisch, wonach die Eingreiftruppe aus 5.500 Soldaten bestehen soll. Der UN-Sicherheitsrat hatte die ECOWAS Mitte Oktober aufgefordert, Pläne für eine Militärintervention im Norden Malis auszuarbeiten. In Bamako hatten hohe Militärs der Region über ein Eingreifkonzept unter Leitung des Generalstabchefs der Cote d'Ivoire General Soumaila Bagayoko, ein Einsatzplan verabschiedet. Vor einer Intervention muss der UN-Sicherheitsrat jedoch grünes Licht geben.

Bei Verhandlungen in der vergangenen Woche im benachbarten Burkina Faso sagte sich die Gruppe "Ansar Dine" inzwischen von Gewalt los. "Ansar Dine" versprach in der burkinischen Zeitung "Le Pays" die Bewegungsfreiheit für Menschen und Waren zu garantieren und auch humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Ein Einlenken von "Ansar Dine" kann die Umsetzung eines Konzepts zur Wiederherstellung der Einheit des Landes und Schritte zu freien Wahlen erleichtern. Nach den Tuareg-Separatisten der MNLA (Nationalbewegung Freies Azawad) und den "Ansar Dine", geführt vom Tuareg "Iyad ag Ghali", kann damit auch der heimische Flügel der Islamisten befriedet werden. Alle Beteiligten in Mali könnten gemeinsam mit ausländischer Hilfe gegen die algerisch geführte al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI) und die Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (Mujao) vorgehen.

## **Mali 12.11.2012**

### **ECOWAS will 3.300 Mann nach Mali entsenden**

Die Westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS will eine 3.300 Mann starke Eingreiftruppe in das Krisenland Mali entsenden. Das Mandat solle über ein Jahr laufen, teilte der Präsident der Elfenbeinküste und derzeitige ECOWAS-Vorsitzende Alassane Ouattara am Sonntagabend mit.

In Mali hatten nach einem Militärputsch im März Islamisten den gesamten Norden des Landes übernommen und dort das islamische Recht der Sharia ausgerufen. Nachbarländer und auch westliche Staaten befürchten, dass das Gebiet zu einem Rückzugsgebiet für islamische Terroristen werden könnte.

"Wir sehen 3.300 Soldaten für die Dauer eines Jahres vor", sagte Ouattara nach einem Treffen der Staats- und Regierungschef der Gemeinschaft im nigerianischen Abuja. Die Truppen würden überwiegend aus ECOWAS-Ländern kommen, aber wahrscheinlich auch aus anderen Staaten. Er hoffe, dass der UN-Sicherheitsrat den Einsatz bis Ende November oder Anfang Dezember endgültig billigen werde.

Mehrere westliche Staaten hatten sich bereit erklärt, die Truppe zu unterstützen. Deutschland will sich mit Ausbildern beteiligen.

### **Cote d'Ivoire 14.11.2012**

#### **Präsident der Ouattara löste Regierung auf**

Der Präsident der Cote d'Ivoire, Alassane Ouattara, hat am Mittwoch überraschend seine Regierung aufgelöst. Dies berichteten Medien des westafrikanischen Landes. Gründe für den Schritt wurden zunächst nicht bekanntgegeben. Die Regierung war erst im März dieses Jahres eingesetzt worden. Aufgabe der neuen Regierung sollte es sein, die Wirtschaft des größten Kakaoproduzenten der Welt wieder in Schwung zu bringen und die verschiedenen verfeindeten Lager miteinander zu versöhnen.

### **Sierra Leone 18.11.2012**

#### **Warten auf Ergebnis der Parlamentswahlen**

Zum dritten Mal nach dem Ende des Bürgerkriegs fanden am 17.11.2012 Präsidenten- und Parlamentswahlen statt. Die rund 2,6 Millionen Wahlberechtigten waren ausserdem aufgerufen, ihre Regional- und Kommunalversammlungen neu zu bestimmen. Beobachter sahen die Abstimmung als Test für die Demokratie im westafrikanischen Land. Neben Amtsinhaber Ernest Bai Koroma, der seit 2007 an der Macht ist, kandidierten auch mehrere Vertreter der Opposition. Einer der Herausforderer, der frühere General Julius Maada Bio, erklärte dagegen, der Präsident habe seine Wahlversprechen, zu denen die Bekämpfung der Korruption gehörte, nicht eingehalten und verdiene daher keine zweite Amtszeit. Bio war 1996 drei Monate lang Staatsoberhaupt gewesen und hatte die Macht dann an eine demokratisch gewählte Zivilregierung übergeben. Der Wahlkampf war weitgehend friedlich geblieben. Am gestrigen Wahltag herrschte allerdings Ausnahmezustand. Schon vor der Abstimmung bildeten sich vor den Wahllokalen in der Hauptstadt Freetown lange Schlangen. Rund 14.000 Polizisten und Soldaten sorgten dafür, dass es keine Ausschreitungen gab.

Erste Wahlergebnisse werden in der kommenden Woche erwartet. Sollte keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang auf 55 Prozent der Stimmen kommen, findet am 8. Dezember eine Stichwahl statt. Mit seinen 5,5 Millionen Einwohner ist Sierra Leone einer der ärmsten Staaten der Welt. nach Angaben der Weltbank müssen die meisten Menschen in Sierra Leone mit weniger als einem Euro pro Tag auskommen.

### **Cote d'Ivoire 22.11.2012**

#### **Internationaler Haftbefehl gegen Simone Gbagbo**

Nach dem Ex-Präsidenten von Cote d'Ivoire Laurent Gbagbo, will der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) auch dessen Ehefrau den Prozess machen. Gegen Simone Gbagbo ist ein internationaler Haftbefehl ausgestellt worden, teilte das Weltstrafgericht am Donnerstag in Den Haag mit.

Der 63-Jährigen wird die Verantwortung für Morde, Vergewaltigungen, gewaltsame Verfolgung und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit angelastet. Die Straftaten waren während des Machtkampfes zwischen Dezember 2010 und April 2011 begangen worden. Simone Gbagbos Mann hatte die Wahlen verloren, sich aber geweigert, abzutreten. Bei den darauf folgenden Kämpfen sollen Tausende Menschen getötet worden sein.

Der Haftbefehl gegen Frau Gbagbo wurde am 29. Februar ausgefertigt, aber bisher unter Verschluss gehalten. Die zuständige Vorprozess-Kammer des IStGH entschied nun, die Festnahme öffentlich anzuordnen. Ein Datum für den Prozess steht noch nicht fest. Gbagbo ist der erste frühere Staatschef, der in Gewahrsam des Internationalen Strafgerichtshofes ist.

## **Sierra Leone 23.11.2012**

### **Präsident Koroma wiedergewählt**

Amtsinhaber Ernest Bai Koroma hat nach Angaben der Wahlbehörde in Sierra Leone die Präsidentschaftswahl vom 17. November gewonnen. Koroma erhielt 58,7 Prozent der Stimmen, sein grösster Rivale Julius Maada Bio kam auf 37,4 Prozent. Rund 2,5 Millionen Menschen waren am vergangenen Samstag in dem ehemaligen Bürgerkriegsland dazu aufgerufen, ihre Stimmen auf nationaler und kommunaler Ebene abzugeben. Die Wahlbeteiligung lag nach Angaben der lokalen Wahlbeobachtungsmission bei 83 Prozent. Die Nationale Wahlkommission (NEC) hatte nach Betrugsvorwürfen der Opposition etwa zehn Prozent der abgegebenen Stimmen neu auszählen lassen.

## **Ghana 07.12.2012**

### **Wahlen bis Samstag verlängert**

Die Wahlen im westafrikanischen Ghana sind wegen technischer Probleme um einen Tag verlängert worden. In mehreren Fällen seien die elektronischen Systeme ausgefallen, mit denen die Wähler über ihre Fingerabdrücke registriert werden, sagte der Sprecher der Wahlkommission am Freitag einem Radiosender. Die Wahlen würden am Samstag fortgesetzt, damit alle Wahlberechtigten die Möglichkeit hätten, ihre Stimme abzugeben.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen finden inmitten eines Wirtschaftsbooms statt. Vor zahlreichen Wahllokalen bildeten sich lange Schlangen. Von den acht Kandidaten für das Präsidentenamt werden nur Amtsinhaber Dramani Mahama vom Nationalen Demokratischen Kongress (NDC) und Nana Akufo-Addo von der Neuen Patriotischen Partei (NPP) Chancen auf einen Sieg eingeräumt, es könnte allerdings eine Stichwahl erforderlich werden.

Der 54-jährige Mahama hatte das Amt erst im Juli übernommen, nachdem sein plötzlich erkrankter Vorgänger John Atta Mills gestorben war. Ghanas Wirtschaft boomt derzeit, auch dank der im Jahr 2010 begonnenen Ölförderung. Mahama möchte die Gewinne für den Ausbau der Infrastruktur verwenden, Akufo-Addo für kostenlose höhere Schulbildung.

## **Burkina Faso 07.12.2012**

### **Betrugsvorwürfe nach Parlamentswahl**

Nach Auszählung der Stimmen der Parlamentswahlen vom letzten Sonntag ist es zu ersten Wahlbetrugsvorwürfen gekommen. In der Hauptstadt-Provinz Kadiogo waren Probleme aufgetreten. Dies gab die Wahlkommission am Donnerstag bekannt. Daher hatte man vorerst nur Teilergebnisse ohne die betroffene Provinz veröffentlicht.

Nach dem ersten Wahlergebnis verfügt das Präsidentenlager im neuen Parlament über 81 der 127 Sitze. Compaores Kongress für Demokratie und Fortschritt (CDP) stellt 58 Abgeordnete, vier mit dem CDP verbündete Parteien kommen auf 23 Mandate.

In Kadiogo war Francois Compaore, der jüngere Bruder und Berater des Staatschefs, den er offenbar 2015 im Präsidentenamt beerben will, gegen Zephirin Diabre angetreten. Dieser gilt als künftiger Oppositionsführer. Seine Union für Fortschritt und Wechsel (UPC) kam auf mindestens 15 Abgeordnete. Diabre, ein früherer Finanzminister unter Compaore, sprach von Wahlmanipulationen in Kadiogo.

Die Wahlkommission forderte die Kandidaten auf, mögliche Beschwerden zur Wahl in Kadiogo dem Verfassungsrat vorzutragen, um keine Krise heraufzubeschwören. Ein Sprecher der Präsidentschaftspartei erklärte, er vertraue der Wahlkommission und warte auf das endgültige Ergebnis.

Zeitgleich mit den Parlamentswahlen hatten Kommunalwahlen stattgefunden, deren Ergebnis später mitgeteilt werden soll.

Zu der Wahl waren rund 4,3 Millionen Bürger aufgerufen. Sie galt als wichtiger Stimmungstest nach Unruhen Anfang 2011, die Compaores Regierung in eine schwere Krise gestürzt hatten. Nach dem Tod eines Studenten bei einer Demonstration hatte es wochenlange Proteste gegeben, bei denen es zu gewaltsamen Ausschreitungen kam. Ausserdem hielten meuternde Soldaten das Land in Atem.

Burkina Fasos Opposition ist gespalten. Trotz fortbestehender Spannungen war das Compaore-Lager daher als Favorit in die Wahlen gegangen. Der Staatschef war 1987 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen.

## **Ghana 09.12.2012**

### **Zusammenstösse nach Wahlbetrugsvorwurf**

In Ghana ist es am Sonntag nach Wahlbetrugsvorwürfen der Opposition zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Die NPP-Partei des Oppositionskandidaten Nana Akufo-Addo, der laut Hochrechnungen knapp gegen Amtsinhaber John Dramani Mahama gewinnen dürfte, sprach von einem "System des Betrugs" und erklärte, über Beweise zu verfügen, nach denen Akufo-Addo die Wahl gewonnen habe.

Rund 200 NPP-Anhänger zogen daraufhin in einem Protestmarsch zur Wahlkommission. Sie trugen Stöcke und skandierten "Wir wollen Gerechtigkeit!". Die Polizei versuchte die Demonstration aufzulösen und antwortete mit Tränengas. Die nationale Wahlkommission hatte zuvor erste Ergebnisse auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Nach Auszählung von 173 der 275 Bezirken lag Mahama mit 49,6 Prozent vor Akufo-Addo mit 48,9 Prozent.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Freitag waren teils bis Samstag verlängert worden, weil in mehreren Fällen die elektronischen Systeme ausgefallen waren, mit denen die Wähler über ihre Fingerabdrücke registriert werden. Die Wahlen verliefen nach Angaben des Commonwealth, der Westafrikanischen Staatengemeinschaft (ECOWAS) und der örtlichen Beobachtergruppe CODEO "friedlich und transparent".

Akufo-Addos Neue Patriotische Partei (NPP) sprach hingegen von einem "System des Betrugs". Es seien erhebliche Mengen an Stimmen entweder Mahamas Nationalem Demokratischen Kongress (NDC) zugesprochen worden oder der NPP abgezogen worden. Die Partei forderte eine Überprüfung der Wahlergebnisse sowie der Daten der Systeme zur biometrischen Identifizierung. Parteimitglieder und Öffentlichkeit wurden aufgefordert, die von den Medien verbreiteten vorläufigen Ergebnisse zu ignorieren.

Akufo-Addo selbst äusserte sich zunächst nicht öffentlich. Mahama sagte, sein Team habe eine eigene Hochrechnung erstellt, warte aber das offizielle Ergebnis ab. Von den acht Kandidaten für das Präsidentenamt wurden nur Mahama und Akufo-Addo echte Chancen auf einen Sieg eingeräumt. Sollte keiner der Kandidaten letztlich auf Anhieb mehr als 50 Prozent der Stimmen erhalten, soll am 28. Dezember eine Stichwahl stattfinden.

Der 54-jährige Mahama hatte das Amt erst im Juli übernommen, nachdem sein erkrankter Vorgänger John Atta Mills gestorben war. Beobachter sehen zwischen dem NDC und der NPP keine grossen ideologischen Unterschiede, der NDC gilt jedoch als eher Mitte-Links, während die NPP stärker für eine freie Marktwirtschaft eintritt. Ghanas Wirtschaft boomt seit der 2010 begonnenen Ölförderung.

## **Ghana 10.12.2012**

### **Präsident Mahama gewinnt Wahl in Ghana**

Amtsinhaber John Dramani Mahama (53) hat die Präsidentenwahl im westafrikanischen Ghana gewonnen. Wie die Wahlkommission am späten Sonntagabend mitteilte, erhielt der Chef des National-Demokratischen Kongresses (NDC) gleich im ersten Anlauf die absolute Mehrheit mit 50,7 Prozent der Stimmen. Sein Hauptkontrahent Nana Akufo-Addo (68) von der Neuen Patriotischen Partei (NPP) kam auf 47,7 Prozent.

## **Mali 11.12.2012**

### **Neuer Regierungschef in Mali**

Wenige Stunden nach seiner Gefangennahme durch einen Trupp von Soldaten hat der malische Regierungschef Cheick Modibo Diarra den Rücktritt der gesamten Regierung bekanntgegeben. "Ich trete mit meiner Regierung zurück", sagte Diarra Dienstagfrüh im staatlichen Fernsehen, ohne eine Begründung anzuführen. Diarra war in der Nacht nach Angaben seiner Mitarbeiter von Soldaten festgenommen worden, die aus der Militärgarnison

Kati zu seiner Wohnung in der Hauptstadt Bamako gekommen waren. Die Militärs sollen angegeben haben, im Auftrag von Hauptmann Amadou Haya Sanogo zu handeln.

Sanogo war bereits an einem Putsch im März beteiligt, bei dem der langjährige Präsident Amadou Toumani Toure gestürzt wurde. Offiziell übergab Sanogo zwei Wochen nach dem Putsch die Macht wieder an eine zivile Regierung, aber er behielt in Bamako erheblichen Einfluss.

Der Rücktritt des malischen Regierungschefs Cheick Modibo Diarra ist aber nach Darstellung des Umfelds des einstigen Putschistenführers Hauptmann Amadou Haya Sanogo nicht Folge eines Staatsstreichs. "Das ist kein neuer Putsch", sagte ein Vertrauter Sanogos, Bakary Mariko, am Dienstag dem Sender France 24. Er warf Diarra zugleich vor, nicht im Interesse Malis gehandelt, sondern eine "persönliche Agenda" verfolgt zu haben.

Militärsprecher Bakary Mariko sagte zur BBC, dass Diarras die Versuche das Land hin zu einer Demokratie zu führen, torpediert hätte. "Vor acht Monaten haben wir den Premierminister damit beauftragt, Mali wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Unglücklicherweise versucht er aber nun sich für unbestimmte Zeit an der Macht halten." Diarra werde bis zur Ernennung eines neuen Premiers in Haft bleiben.

Diarra wollte laut einem Mitarbeiter eigentlich in der gestrigen Nacht noch nach Paris reisen, um sich medizinisch untersuchen zu lassen. Er habe zuvor eine kurze Fernsehansprache aufgenommen, die jedoch das Militär beschlagnahmt habe. Der Trupp habe die Eingangstür von Diarras Haus "demoliert" und den Regierungschef "ziemlich brutal" behandelt, hiess es.

Die Festnahme Diarras dürfte die Bemühungen erschweren, das westafrikanische Land zu stabilisieren: Militär und Politiker sind seit dem Putsch im März gespalten.

Im Norden haben islamistische Rebellen, die Verbindungen zu Al-Kaida unterhalten, die Macht an sich gerissen. Das löste Befürchtungen aus, die Region könnte zu einem Rückzugsgebiet für Extremisten werden. Diarra sprach sich wiederholt für den Einsatz einer internationalen Militärtruppe aus.

Auf Bitten der bisherigen Regierung Malis bereitet die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS einen Militäreinsatz mit etwa 3.500 Soldaten vor. Auch die EU will Mali mit mehr als 200 Militärausbildern unterstützen. Die Vorbereitungen dafür gehen trotz des Sturzes von Diarra weiter. "Natürlich werden wir ganz besonders aufmerksam verfolgen, welche Haltung das Militär einnimmt und ob es sich weiterhin in das politische Leben einmischt oder nicht", sagte ein Sprecher der EU-Aussenbeauftragten Catherine Ashton am Dienstag in Brüssel. "Wir hoffen, dass so rasch wie möglich ein neuer Premierminister ernannt wird, damit die Wiederherstellung der verfassungsmässigen Ordnung beschleunigt wird", sagte der EU-Sprecher.

Die Unruhen in Mali haben nach UN-Angaben fast 350.000 Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Etwa 200.000 von ihnen seien innerhalb des Landes vertrieben worden, sagte Flüchtlingskommissar Antonio Guterres am Montag im UN-Sicherheitsrat.

## **Mali 12.12.2012**

### **Diango Sissoko neuer Premierminister**

Der in der Nacht zum Dienstag weggeputschte malische Regierungschef Cheick Modibo Diarra hat einen Nachfolger. Wie Übergangspräsident Dioncounda Traoré in einem am Dienstagabend im Fernsehen verlesenen Dekret mitteilte, ernannte er den Vermittler der Republik, Diango Sissoko, zum neuen Ministerpräsidenten. Die USA und die Vereinten Nationen verurteilten unterdessen den Sturz Diarras und ein Ende der Einmischung des Militärs in die Politik des Landes.

Der 62-jährige Sissoko war seit Mai 2011 Vermittler der Republik. Der Jurist war unter anderem Generalsekretär unter der Präsidentschaft von Moussa Traoré, einem Militär, der 1991 nach 22 Jahren an der Macht gestürzt worden war. Denselben Posten hatte er von 2008 bis 2011 unter dem langjährige Präsidenten Amadou Toumani Touré inne. Dieser war im März in einem Putsch unter massgeblicher Beteiligung von Hauptmann Amadou Haya Sanogo gestürzt worden.



Sanogo erklärte am Dienstagabend, Diarra habe als "Bremser" gewirkt, der "keine Achtung für das Volk" habe. Auch die Autorität des Präsidenten habe Diarra nicht anerkannt, fügte Sanogo in einem Interview mit dem malischen Fernsehen hinzu. Soldaten hatten Diarra in der Nacht offenbar in Sanogos Auftrag festgenommen und nach Angaben seiner Familie unter Hausarrest gestellt. Nach seiner Gefangennahme erklärte Diarra am Dienstagmorgen den Rücktritt der gesamten Regierung. Diarra hatte sich wiederholt für einen internationalen Militäreinsatz im Norden ausgesprochen.

## **Mali 21.12.2012**

### **Sicherheitsrat beschliesst Militäreinsatz**

Der UNO-Sicherheitsrat hat der Entsendung internationaler Truppen in das westafrikanische Land Mali zugestimmt. Die 15 Mitglieder nahmen am Donnerstag einen französischen Resolutionsentwurf einstimmig an.

Die unter afrikanischer Führung stehende AFISMA-Mission soll die Regierung Malis "mit allen notwendigen Mitteln" im Kampf gegen Terroristen und bewaffnete Rebellengruppen im Norden des Landes unterstützen, hiess es in der in New York verabschiedeten Resolution. Eine EU-Ausbildungstruppe soll den Einsatz unterstützen. Ziel ist es, den Norden des Landes wieder unter die Kontrolle der Zentralregierung zu bekommen.

Der UNO-Einsatz ist zunächst auf ein Jahr befristet und wird wahrscheinlich nicht vor September 2013 beginnen. Die Finanzierung des Militäreinsatzes ist noch offen.

Die Friedenstruppe soll unter anderem die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte der Übergangsregierung des westafrikanischen Landes dabei unterstützen, den Schutz der Zivilisten zu gewährleisten. Die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS hatte im Vorfeld um die Autorisierung einer Truppe von 3.000 Soldaten verschiedener afrikanischer Staaten gebeten.

Quelle: Nationale und Internationale Pressemeldungen  
<http://www.westafrikaportal.de>